

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, am Sonntag und Festtagen nur viermal. Der Druckpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Zustellgebühr monatlich 1,20 M., bei Zustellung unter Straßband 4,00 M. Die „Freiheit“ ist in dem ersten Hefenheft des Postgesetzes für 1919 eingetragen.

In dem Hefenheft der wochentlichen „Freiheit“ über den Namen 120 M. Wertgegenstände (z. B. Schmuck, Uhren, etc.) jedes weitere Stück 20 Pfg. Kaufpreisberechnung bei Einzel- und Familien- und Verkaufungsangelegenheiten ist der Redaktion zu übersenden. In jedem Fall ist der Name des Bestellers anzugeben. Die „Freiheit“ wird am Sonntag und Festtagen nur viermal ausgegeben. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 2766.

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Für die Revision des Friedens!

Die französischen Gewerkschaften für die Revision des Friedensvertrages.

Paris, 28. Mai.

Das Nationalkomitee der Confédération générale du travail (entspricht etwa der Generalkommission der Gewerkschaften, D. Red.) erörterte gestern nachmittags nachmittags das Friedensproblem und nahm schließlich mit allen Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen einen Antrag an, in welchem die Haltung der Confédération générale du travail dem bei dem Versailler Friedensvertrag festgelegt wird. Gegenüber dem Versailler Friedensvertrag festgelegt wird.

Der Antrag erhebt zunächst Einspruch gegen die Gehaltung der Versailler Erörterungen und gegen die Unzulänglichkeit des durch die Presse verbreiteten Ausganges des Vertrages. Die augenblicklichen bekannten wesentlichen Bestimmungen des Vertrages entsprechen keineswegs den Forderungen der Arbeiter. Sodann geht der Antrag auf die Einzelheiten ein und formuliert zehn Punkte, gegen die Gesamtheit der Artikel des Vertrages. In diesen zehn Punkten wird erklärt, daß der Vertrag erstens eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sei, zweitens Gebiete in verkappter Weise annektiert, drittens die Verpflichtung bezüglich der Gewährleistung der Nationen verleihe, viertens zu den alten Bündnisverträgen zurückkehre, fünftens die allgemeine Abrüstung unmöglich mache, sechstens den Kolonialismus fortsetze, siebentens, daß ihm jegliches internationales wirtschaftliches Leben fehle, achtens, daß er ein internationales wirtschaftliches Leben und die Blodade fortsetze, zehntens, daß jede wahre internationale Arbeiterschaft ihm fehle. Der Vertrag rufe neuen Haß und territoriale Neugierden hervor und lasse Konflikte entstehen, welche mindestens ebenso groß und gefährlich seien, wie die Konflikte vor dem Krieg 1914. Das Nationalkomitee verlangt schließlich eine Revidierung des Vertrages und erklärt, daß getreu den Grundsätzen eines Friedensvertrages und Gerechtigkeit die Arbeiterklasse Frankreichs entschlossen sich verpflichtet, sowohl durch eine nationale Aktion als durch gemeinschaftliche Anstrengung mit den Arbeitern anderer Nationen an die Verwirklichung eines wahren Völkerfriedens und einer stabilen Weltorganisation, welche die Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens sicherstellen wird, hinzuwirken. Die Delegation der französischen Gewerkschaften wird diesen Standpunkt auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam vertreten.

Die Kundgebung der französischen Gewerkschaften wird sich demnach in der entschiedensten Weise gegen das Diplomatenwerk von Versailles aus und übernimmt namens der französischen Arbeiter die Verpflichtung, auf eine Revision des Vertrages im Sinne der Demokratie und des Völkerfriedens hinzuwirken. Wir begrüßen diese Stellungnahme unserer französischen Genossen und hoffen unerschütterlich, daß es den gemeinsamen Anstrengungen der französischen, französischen und englischen Arbeiterklasse gelingen wird, das Werk des Unfriedens und des Völkerhaßes, das in Versailles geschaffen ist, schnellstens aus der Welt zu schaffen.

Rede, in der er sagte, die einzige Art, in der die Arbeiter gegen einen kapitalistischen Krieg gegen die Revolution der russischen Arbeiter protestieren könnten, sei eine soziale Revolution. Die Rede Rans wurde mit lautem Beifall begrüßt.

Der Zentralrat über Frieden und Rätesystem.

Die Beschlüsse des Zentralrates der deutschen sozialistischen Republik haben am 26., 27. und 28. d. M. stattgefunden. Gegenstände der Beratungen waren vor allem die Friedensbedingungen und Arbeitestagen. Bei der Beratung der Friedensfrage wurde die Einberufung eines 3. Rätesongresses erörtert. Der Zentralrat hat die Auffassung des Aktionsausschusses gebilligt und es abgelehnt, für den gegenwärtigen Augenblick einen Rätesongress einzuberufen. Zur Friedensfrage hat der Zentralrat die nachstehende Resolution angenommen:

Die Friedensbedingungen, die dem unterlegenen deutschen Volke von den Siegern auferlegt werden sollen, sind von unerhörter Härte und in ihrer gegenwärtigen Form unerfüllbar. Wenn Deutschland die übernommenen Verpflichtungen des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete, der Wiedergutmachung und der Entschädigung, die es anerkannt hat, aber wirklich ausführen soll, so darf man seiner Arbeitsfähigkeit nicht die in den Friedensbedingungen vorgesehenen Fesseln anlegen. Der Zentralrat erwartet daher, daß die sachlichen Darlegungen der deutschen Delegation die Ententemächte davon überzeugen werden, daß im Interesse ihrer eigenen Ansprüche weitgehende Änderungen der einzelnen Bestimmungen getroffen werden müssen. Durch die Wiedereinrichtung deutscher Gebiete gegen den Willen der Bevölkerung wird nicht nur das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes auf das Schwerste verletzt, sondern es werden ihm unentbehrliche Grundlagen seines wirtschaftlichen Lebens entzogen. Der Zentralrat appelliert an die Völker der Ententeländer, im Interesse eines dauernden Friedens ihre Stimme zu erheben gegen diesen Vertrag der Vergegenwärtigung eines ganzen Volkes.

Von der deutschen Regierung und der Friedensdelegation erwartet der Zentralrat, daß sie alle geschäftlichen Mittel anwenden, um die Entente von der praktischen Undurchführbarkeit dieser Bedingungen zu überzeugen, und daß sie durch bessere Vorschläge zeigen, wie die von uns anerkannten Ansprüche der Ententeländer auch wirklich erfüllt werden können. Der Zentralrat glaubt, daß die Friedensdelegation in Deutschland nicht auf die Formel „annehmen oder ablehnen“ gestellt werden darf, sondern daß es sich nunmehr einzeln und allseitig darum handelt, durch positive politische Arbeit dafür zu sorgen, daß der Geist, der jetzt aus den Friedensbedingungen spricht, durch den Geist der Versöhnung und Verständigung ersetzt wird.

In der Frage der kommunalen und politischen Arbeiterräte hat der Zentralrat den folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Preussische Staatsregierung ist zu ersuchen, der verfassungsgemäßen Landesversammlung sobald als möglich einen die Verwaltungsreform betreffenden Gesetzentwurf vorzulegen.
 2. Die Regierungen der übrigen deutschen Freistaaten sind zu ersuchen, sich mit der Preussischen Regierung wegen Anwendung möglichst einheitlicher Grundsätze bei der Reform der eigenen Verwaltung ins Einvernehmen zu setzen, und die Reform auch bei sich mit Hilfe der gesetzgebenden Körperschaften alsbald durchzuführen.
 3. Bis zur Durchführung der Verwaltungsreform bleibt das System der politischen Arbeiterräte zur Sicherung der revolutionären Organisationsformen in Wirksamkeit. Entsprechend den Bestimmungen über das Finanzgebahren vom 18. 11. 1918 und 13. 1. 1919 haben die Behörden, bei denen die Kontrolle stattfindet, die Arbeiterräte zu befragen. Neuwahlen von Arbeiterräten sind nur beim Vorliegen zwingender Gründe vorzunehmen, und zwar nach den bestehenden Richtlinien, die für die Wahl des zweiten Rätesongresses herausgegeben wurden. In allen anderen Fällen soll die Neuwahl hinausgeschoben werden bis zum Erlass neuer Richtlinien.
- Kußerdem wurde ein Antrag angenommen, das Preussische Staatsministerium zu ersuchen, den Posten eines Unterschatzsekretärs im Kriegsministerium sofort zu besetzen.
- Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.
Dr. Cohn, Hoch.

Vogels Flucht.

Die Mitteilungen über die näheren Umstände, unter denen sich die Flucht des Oberleutnants Vogel vollzog, beschäftigen die Leserschaft in hohem Maße. Zunächst berichtet eine Lokalcorrespondenz:

„Die von der „Freiheit“ wiedergegebenen Tatsachen sind nicht als feststehend anzusehen. Richtig ist, daß Vogel die holländische Grenze erreicht hat und sich dort, wenn auch kaum unter dem Namen Vogel, aufhält. Da zwischen Holland und Deutschland Auslieferungsverträge für Personen bestehen, die eines Verbrechens beschuldigt sind, so ließe es sich nicht als holländischen Behörden ergreifen und an Deutschland ausgeliefert zu werden. Nach unseren Informationen sind die von der „Freiheit“ wiedergegebenen Behauptungen zum Teil richtig. Die Garde-Ravallerie-Schüler-Delegation hat bereits sehr erhebliche Untersuchungen angestellt, ohne daß man freilich bisher zu Verhaftungen geschritten wäre. Da das Verbrechen jedoch geheim gehalten wird, war es nicht möglich, eine detaillierte Befragung der oben erwähnten Einzelheiten zu erhalten.“

Dazu wollen wir für heute nur bemerken, daß es höchst auffallend ist, daß nicht sofort nach der Flucht der Auslieferungsbefehl gestellt worden ist. Man wußte ja aus den Angaben Dr. Cohns, wohin Vogel geflohen war. Trotzdem ist die Stellung eines Auslieferungsbefehls unterblieben!

Der „Vorwärts“ sagt zu unserer Veröffentlichung: „Wenn diese Mitteilungen richtig sind, so liegt hier allerdings ein Skandal vor. Eine Regierung, die sich von einer ungeschickten Handvoll Offiziere eine derartige Verhöhnung der Rechtspflege gefallen lassen möchte, jede Autorität im Lande einbüßen. Wir erwarten allerdings, daß hier nunmehr mit fester Hand zugegriffen und den Verursachern einiger Leute, sich über Recht und Gesetz hinwegzusetzen, ein Ende bereitet wird. Im Gegenzug zur „Freiheit“ sind wir überzeugt, daß sich die Vorgänge um Vogels Flucht ohne Wissen der Regierung durch das Komplot einer kleinen Clique abgeklärt haben. Aber die Regierung wird die Welt hierüber nur überzeugen, wenn sie nunmehr mit eisernem Griff dieser Clique den Hals umdreht.“

Die Vorgänge sind im Übrigen nach der Beurteilung früherer Ereignisse so gravierend, daß sie allein es notwendig machen, dem kompromittierten Artikel im Diebstahl-Zugang-Prozess die Vollständigkeit zu versagen.“

Der „Vorwärts“ verlangt auch, daß alle Mitbeteiligten an der Flucht sofort in Haft genommen werden.

Wir wollen dem „Vorwärts“ zunächst nur sagen, daß wir durchaus nicht die Regierung beschuldigen haben. Die Flucht Vogels ins Werk gesetzt zu haben. Wir nehmen im Gegenteil an, daß ihr diese Flucht durchaus nicht anzurechnen ist. Die Regierung trägt aber die politische Verantwortung für die Flucht in vollem Maße. Denn ihre Politik hat die reale Macht in die Hände der Führer der Freiwilligenkorps gelegt. Sie tut ununterbrochen alles, um diese Macht zu stärken. Sie trägt aber die Verantwortung dafür, daß diese Herren von der ihnen eingeräumten Macht den ihnen gut blinkenden Gebrauch gemacht haben. Nur so war es ja auch erklärlich, daß die Flucht bemerkt worden ist, obwohl die Regierung auf den Plan Lage vorher mit allem Nachdruck hingewiesen worden war. Die Regierung ist deshalb nicht erst im Begriffe, ihre Autorität einzubüßen, sie hat sie vielmehr vollkommen verloren.

Daran werden auch alle amtlichen Rechtfertigungsversuche, Dementis und Verdrängungen nichts ändern. Die Regierung läßt sich durch Wolffs Bureau erklären:

„Es versteht sich von selbst, daß sofort eine umfassende Untersuchung eingeleitet werden wird, um alle Angaben der „Freiheit“ nachzuprüfen. In jedem einzelnen Falle, in dem eine Schuld auch nur wahrscheinlich werden sollte, wird mit der ganzen Strenge des Gesetzes und unverzüglich und ohne Rücksicht irgend welcher Person eingeschritten werden. Die deutsche Gewandtschaft im Haag ist zur Berichterstattung aufzufordern worden.“

Gewiß doch! Wir möchten nur wissen, die wichtigsten Untersuchung das ist, die uns da versprochen wird. Wir erinnern uns, daß z. B. eine solche Untersuchung uns angezeigt worden ist, in dem Fall der Ermordung der Matrosen in der Französischen Straße und auch in anderen Fällen. Damals wurde mitgeteilt, daß Reichs-

Die Prolettenbewegung in England und Frankreich.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Amsterdam, 28. Mai.

Der Londoner „Daily Herald“ teilt mit, daß die englische Arbeiterpartei einen allgemeinen Streik für die Dauer einer Woche für die irische Sache und gegen die Dienstadtpflicht erwägt. Die Regierung würde eine herabsetzende Bewegung seinen Tag überleben.

Wie ferner „Telegraph“ aus Paris meldet, hat der französische Gewerkschaftsverband beschlossen, eine Agitationenwoche gegen die Fortsetzung des Kriegszustandes, gegen die Intervention, für Amnestie und Demobilisation inschleusen.

Amsterdam, 28. Mai.

Nach den englischen Blättern vom 28. Mai veranstaltete die Workers Social Federation am Sonntag eine Kundgebung am Trafalgar-Square. Lord Rans hielt eine

Durch diese Meldungen werden unsere Mitteilungen in der nächsten Morgen Ausgabe vollkommen bestätigt. Wir befinden uns andauernd bereits im Frieden mit den Polen. Die offizielle Meldung schweigt sich darüber aus, wer der Kämpfer war.

Polnische Appelle.

Paris, 28. Mai.

Paris, 28. Mai. Gestern Abend in Paris ein und erklärte einem Mitarbeiter des "Matin", er komme, um im Auftrag des polnischen Landtages die Militärs um die Ermächtigung zu bitten, die polnische Armee nicht nur gegen die Bolschewiken, sondern auch gegen die Ukrainer frei verwenden zu können. Er wolle, daß diesem Wunsche nachgegeben werde.

Die polnischen Pogrome in Wilna.

Der Ministerpräsident des litauischen Staates in Berlin hat an die Regierungen der Entente und der neutralen Staaten eine Note gerichtet, die gegen die von den Polen bei der Besetzung eines großen Teiles von Litauen verübten Mordtaten, Raubereien, Vergewaltigungen und Verhaftungen Protest erhebt. Vom 19. bis 24. April d. J. seien in Wilna bei Pogromen viele Hunderte von Juden getötet und mehrere tausend Menschen nach auswärts verschleppt worden; u. a. seien in einem der größten Synagogen alle dort zum Gottesdienst versammelten ermordet worden. Fast alle jüdischen Häuser und Geschäfte habe man geplündert. Die Verhaftung von Litauern und Juden dauert immer noch an. Die litauische Regierung fordert, daß die Polen Wilna und das übrige von ihnen besetzte Gebiet sofort räumen, daß sie unverzüglich aus Wilna verdrängten Einwohner zurückführen, daß sie die Familien der Ermordeten sicherstellen und ihnen den Materialschaden ersetzen.

Berlin, 27. Mai.

In der Unterhaus-Sitzung vom 19. Mai interpellierte der Abgeordnete Gillen den Staatssekretär des Innern über die Pogrome in Warschau, Lida und Wilna und fragte an, ob die englische Regierung eine Aktion zu unternehmen gedenke, um die Fortdauer der Judenverfolgungen in Polen zu verhindern. Der Unterstaatssekretär des Innern antwortete, daß die Regierung den englischen Vertreter in Warschau angewiesen habe, die dringende Vorstellung bei der polnischen Regierung zu erheben, falls die Nachrichten sich als wahr erweisen.

Das königliche Schandurteil.

Von „zuständiger Stelle“ wird mitgeteilt:

Die „Freiheit“ entzweit sich darüber, daß gegen die von dem königlichen Kriegsgericht verurteilten Soldaten der Reuter-Paragraf in Anwendung gebracht worden sei. Es versteht sich von selbst, daß die Republik allen bestehenden Gesetzen Geltung verschaffen muß. Der Reuter-Paragraf ist nicht aufgehoben. Es ist auch keine noch so freihändlerische Militärverwaltung denkbar ohne Sicherung gegen Militär einzelner oder zusammengegriffener Gruppen.

Das Urteil unterliegt zur Zeit der Prüfung durch den Präsidenten des Reichsmilitärgerichts. Den Verurteilten bleibt dann noch die Anrufung des Bundesobersten, was durch den Reichspräsidenten ausgeübt wird.

In der nächsten amtlichen Meldung sieht es bekanntlich, daß der Präsident des Reichsmilitärgerichts über die Gnadenbewandlung dieser Lasten einen Hinweis auf die Unabwendbarkeit dieser Lasten abgibt. Die Regierung darauf, daß der Reichspräsident das Gnadenbewandlungsrecht ausüben darf. Am nächsten Tag hat sie nun abgemildert. Wie die „F. V. N.“ mitteilen, soll das Verfahren „noch nicht abgeklungen“ sein.

Das Urteil ist auf dem Zusammenhang noch beziehentlich nachgeprüft worden. Es sind alle Maßnahmen auf Seiten des Reichsmilitärgerichts, der die Gnadenbewandlung zu bequemen hat, getroffen, um die beschleunigte Entscheidung der königlichen Urteile herbeizuführen. Nach der ganzen Lage der Dinge und, zumal das Urteil selbst Gnadenbewandlung eingereicht hat, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß eine Milderung der Urteile eintritt wird. Ueber den eigentlichen Inhalt, der die Urteile veranlaßt hat, soll noch Mitteilung erfolgen.

Wir verlangen, daß diese Mitteilung schleunigst erfolgt, damit die Öffentlichkeit endlich in der Lage sein soll, sich ein klares Urteil über das heftigste Verbrechen der Militärjustiz unter einer „sozialistischen“ Regierung zu bilden.

Gegen den Belagerungszustand.

Braunschweig, 28. Mai.

Die Landesversammlung verhandelt gestern eine Interpellation des unabhängigen Abgeordneten Dörner betreffend Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Freistaat Braunschweig und Währungsreform. In der heutigen Abstimmung wurde ein Antrag gestellt, der die Aufhebung des Belagerungszustandes fordert, angenommen. Ein weitergehender Antrag, wonach die Reichsregierung auch alle auf Grund des Belagerungszustandes getroffenen Maßnahmen unverzüglich zurückzunehmen und sofort alle Truppen aus Braunschweig zurückzuführen habe, wurde von der Landesversammlung abgelehnt. Die Reichsregierung in die Braunschweiger Verfassung für rechtsunwirksam erklären sollte, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt.

Die Reichssozialisten sind also auch in diesem Falle von ihrer zweifelhafte Haltung nicht abgegangen. Sie haben zwar schonenhalber die Beseitigung des Belagerungszustandes gefordert, sonst aber fühlen sie sich unter dem Schutze der weißen Wägen so wohl, daß sie diese nicht mehr wissen wollen.

Demonstrationsstreik in Zürich.

T. U. Zürich, 29. Mai.

In Zürich kam es gestern vormittag plötzlich zu einem allgemeinen Streik. Um zehn Uhr vormittags legte die gesamte Arbeiterschaft die Arbeit nieder. Die Tramwayfahrer ließen die Wagen auf den Straßen und Plätzen der Stadt stehen. Der Streik richtete sich gegen die vom Zürcher Kantonsrat vorgeschriebene Einschränkung des Schutzensgesetzes durch gewisse Ausnahmsbestimmungen. Der Brauereistreik wurde mit-

Welsch befehlt, daß sich gleichzeitig vor dem Kantonalrat eine große Demonstration der Arbeiter hält. Es handelte sich um Vornahme von eine provisorische allgemeine Arbeitsvereinbarung und um 12 Uhr wurde der ganze Betrieb wieder aufgenommen.

Groß-Berlin.

Die Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg.

In den Vorgesängen in der letzten Stadtverordnetenversammlung über die wir schon in unserer gestrigen Vortragsausgabe einen Überblick über die Wählerentscheidungen gebracht, wird uns noch gefolgt: Die U. S. V. D. Stadtverordnetenfraktion in Schöneberg hatte nachstehenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Realrat zu ersuchen, schärfsten Protest bei der Regierung gegen die willkürliche Unterdrückung der Versammlungsfreiheit und die damit verbundene Provokation der friedlichen Bevölkerung zu erheben; wie sie bei der Auflösung einer Mitglieder-Versammlung der U. S. V. D., Erigieren Schöneberg, am 22. Mai auf Befehl der Garde-Kavallerie-Regiment-Division geschehen ist.

Dieser Protest begründete Gen. Wilberg in durchaus sachlicher Weise. Er wies darauf hin, daß gerade der Garde-Kavallerie-Regiment-Division für derartige Verletzungen hin, die man einmal im Vollstande trotz aller Versuche als Räuber der Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gelte und die eigentlich auch mit der Wiedererrichtung ihres „Nord-Bogens“ angedacht bestmöglich sein sollte. Er zeigte dann, wie von Seiten des Schöneberger Parteivorstandes alles geschehen sei, um die Versammlung zu ermöglichen, aber sogar die Hülfsparole Rotes sei bezeichnenderweise hierfür bereit gewesen. Es sei dann durchaus korrekt die Umwandlung in eine Mitglieder-Versammlung erfolgt, die trotzdem durch Regierungstruppen unter vornehmlichem Revolverausgelöst wurde. Gen. Wilberg bedauerte, wenn Ausdrückungen in der demokratischen Versammlung in der Berliner Straße sich ereignet hätten, und erklärte, daß der Vorstand dringend von einem Verzicht dieser Versammlung bei der durch das Ausschließen der Regierungstruppen hervorgerufenen großen Erregung abgeraten habe, es sei aber unter allen Umständen zu berücksichtigen, daß jeder durch das Vorgehen der Truppen und die Offensivität ungeschwiegenen Aufstandes hätte herbeigeführt werden muß.

Wiederholte Gen. Wilberg noch den Gründen für das rigorose Verbot und dem Charakter der Versammlung und dem Inhalt, daß es sich um Provokation um jeden Preis handelt. Weil unsere Partei unerschrocken ihren gerade Weg geht, soll die Menge durch maßlose Herausforderungen schließlich zu unvorstellbaren Taten hingeführt werden, die sie selbst ins Unrecht rufen. Dies beginnt sie zwar anzudeuten. Mit der Wirkung des Ausschließens der Regierungstruppen kann man vom Parteipunkt aus eigentlich zufrieden sein. Die Bevölkerung wird schließlich durch terroristische Übergriffe noch dahin getrieben werden, daß sie vor jedem dieser Soldaten und Offiziere aussteigt. Ferner wies Wilberg an einem Beispiel nach, wie die Regierungstruppen heute oft benutzbar wären. Ein Beamter habe seinen Sohn vom Eintritt in ein Institut dadurch abgehalten, daß er ihm sagte, zum Militär gehen heute nur noch der Adel und der Reichswehr. Dies beiden Verbänden gehören bei den bürgerlichen Fraktionen angehören kann. Die Ursache des Scheiterns wird aber von den bürgerlichen Fraktionen erheblich unterschätzt, weil die obige getreue Darstellung erhebt. Der Fehler wurde auch nicht durch diesen „Beispiel“, sondern durch die, weil ein Tausend umhüllender Herr der Rotten und dem Schicksal der Arbeiter, der den Ausstellungen genau recht war und daher dem Genossen Wilberg einen Dankschreiben gar nicht erziehen konnte, wie die bürgerlichen Fraktionen durchaus erlangten.

In seinem Schlußwort widerlegte Herr Wilberg dann eingehend alle bürgerlichen Angriffe. Er wurde hierbei in vorzüglicher Weise durch Gen. Petersen unterstützt, der darbot, wie er selbst auf die Verhältnisse durch die Revolver der eindringenden Regierungstruppen bedroht worden sei. Er wies dann weiter an Hand guten Materials nach, wie die bürgerlichen Parteien es schäfer verstanden hätten, Andersdenkende niederzuknüppeln; sie sollten daher heute nicht gar so empfindlich der durchaus berechtigten Erregung der Menge gegenübersehen. Die beschiedenen wählten Beschimpfungen unserer Partei wies Gen. Petersen durch eine mäßige Erklärung zurück.

Als dann die bürgerlichen Fraktionen über unseren Antrag den Vorschlag zur Tagesordnung durch ihre Weisheit ersonnen, verließen unsere Genossen zum Protest gegen dieses Verhalten den Sitzungssaal.

Kommunale Arbeiterräte!

Am Freitag, den 30. Mai 1919, nachmittags 2 Uhr, Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte im Herrenhaus, Penar-Sitzungsaal.

Tagesordnung:

1. Die Stellung der kommunalen Arbeiterräte.
2. Die Porität und Zulassung von Stadtverordneten bzw. Gemeindevorstern.
3. Stellung zur Reue der kommunalen Arbeiterräte. Vor Vorschlag des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin.

Wandernde Regierungstruppen.

Am vorigen Freitag kam auf dem Potsdamer Güterbahnhof ein Transportkommando mit vier Waggons an, die mit militärischen Wertsachen beladen waren. Nachdem sich der Transportführer, Leutnant von Porcia-Vignard, einsezt hatte, erstanden die Waggonsbesatzer die Waggons und verließen gegen drei bis vier Uhr die Station sowie mehrere Bahnhöfen, Feldbahnen und Dampfbahnen.

Der Leutnant des Güterbahnhofes meldete den Vorfall sofort dem zuständigen Polizeibehörden. Dieses schickte einen Kriminalkommissar, der die notwendigen Feststellungen traf. Er war gerade noch bei der Arbeit, als der Leutnant zurückkam, und wurde nun von diesem an der weiteren Untersuchung seiner Dienstpflicht verhindert. Der Leutnant ließ es nicht zu, daß den Leuten, die die Waggons gekauft hatten, das erwarbene Gut wieder abgenommen wurde.

Einer der Soldaten sagte bei dieser Gelegenheit zu dem Leutnant: Sie sind ja der größte Schieber. Als der Kriminalkommissar daraufhin den Namen des Leutnants feststellen wollte, sagte dieser, er sei nicht verpflichtet, seinen Namen zu nennen, er sei Soldat. Der Kommissar äußerte auch zu dem Leutnant, daß er bei der Sache würde nicht viel werden, er würde zwar seine Pflicht tun und Meldung machen, aber dabei würde wohl kaum etwas heraus. Der Leutnant schickte ihn und Schiebern seien jetzt allgemein üblich, letzten seien sogar 2000 Paar Kavalleriehufeisen veräußert worden.

Das Verhalten des Potsdamer Güterbahnhofes ist über den Vorfall tätig angeht. Es beruht die Ansicht vor, daß der Leutnant irgendwie in die Angelegenheit verwickelt ist. Wir verlangen daher zeitliche Aufklärung über diese unglaubliche Schiebung.

Kostetruppen jagen Gewerkschaftsversammlungen auseinander.

Es wird immer seltener mit der vielgerühmten Versammlungsfreiheit. Nicht nur werden politische Versammlungen von Soldaten oder aufgelöst, auch Versammlungen werden gesprengt, bis sie mit Betriebsräten beschaffen. Gestern Abend hatte die Arbeitgemeinschaft der Arbeiter der städtischen Betriebe des Lichtenberg nach der Schulstraße in der Parkstraße eine Versammlung abgehalten, in der ein Vertreter des Verbandes referierte. Es war gegen 10 Uhr, als Kostetruppen erschienen und die Versammlung sprengten. Man hatte ein großes Aufgebot heraufgeholt. 4 Autos mit 120 Soldaten waren zusammengezogen, um diese Arbeiterversammlung zu nichte zu machen. Auf Anrufen nach dem Grunde dieser Maßnahme konnte niemand Auskunft geben. Es wird der letzte Rest von Versammlungsfreiheit ausgerottet. Wir haben ein Willkürregiment schamloser Art. Dazu braucht man Soldaten. Man gibt Geld über Geld aus, um die Arbeiter zu entzücken. Und so was macht sich breit in einem sogenannten „demokratischen“ Staates. Die Saat wird ausgesäen, diese Draußenjagd, die Tag für Tag gefät wird. Wehe den Schwämmen!

Achtung! Arbeitslose!

Von mehreren Seiten wird das Gerücht aufgestreut, die Arbeitslosen sollen am Freitag demonstrieren. Wie warnen wir und raten wir von jeder unüberlegten Handlung ab. Die Kost-Garden warten nur auf den Moment, wo sie unter den Arbeitslosen ein Blutbad anrichten können. Ihr molken der Offiziers-Kameras nicht selbst die Mittel an die Hand geben, um zu schlagen und zu vernichten. Sört nicht auf die Postspiel und Agents provocateurs.

Zur Durchsetzung unserer Forderungen brauchen wir auch nicht auf die Straße zu gehen. Schon die Annahme unserer Forderungen in den letzten Arbeitslosen-Versammlungen ist den Hausbesitzern und Kapitalisten furchbar in die Glieder gefallen. Sie sind es jetzt, die auf eine Erhöhung der Unterstützung hin, auf Mietszuschüsse drängen, da sie Angst um ihren eigenen Geldbeutel haben. Die Wagnisse sind familiärer Gemeinden Groß-Berlin, auch der Berliner Magistrat, erkennen die Berechtigung unserer Forderungen an, erklären jedoch, daß sie selbst darüber nicht entscheiden können. Sie versprechen aber, mit allen Mitteln bei der Regierung darauf hinzuwirken, daß Mietszuschüsse und Lebensmittelzuschüsse für die Arbeitslosen geleistet werden.

Um nun zu verhindern, daß diese Aufzählungen leere Versprechungen bleiben, ersuchen wir alle Arbeitslosen, sich an die in den Arbeitslosen-Versammlungen gefassten Beschlüsse zu halten. Wenn bis zum 1. Juni keine ausreichenden Mietszuschüsse bewilligt sind, so sind eben die Armenlosen nicht in der Lage, von der förmlichen Unterstützung, die noch nicht einmal zum Lebensunterhalt reicht, die Miete zu bezahlen.

In den nächsten Tagen werden in Groß-Berlin neue Arbeitslosen-Versammlungen stattfinden, in denen über den Erfolg des Mietszuschusses und über die Schritte zur Durchsetzung unserer Forderungen beraten wird.

Wir ersuchen die Arbeitslosen, sich streng an die in den letzten Versammlungen gefassten Beschlüsse zu halten. Die Arbeitslosenpartei Berlins und der Vororte.

U. S. V. Kommunaler Arbeitererrat Charlottenburg. Protokoll-Sitzung der kommunalen U. S. V. Arbeiterräte Freitag, abends 7 Uhr, Rathaus, Zimmer 304.

Arbeitslose von Lichtenberg, Friedrichsfelde und Markshorst! Freitag nachmittags 2 Uhr im Café Volkow, Hauptstraße 3, Arbeitslosen-Versammlung.

Die Wahlen für die Studentenvertretung (Studentenparlament) an der hiesigen Universität sind am Mittwoch Abend abgeschlossen worden und hatten folgendes Ergebnis: Die waffen-treuen Verbindungen bereiteten auf ihre Liste 510 Stimmen, die Deutsche Studentenschaft 780 Stimmen. Diese beiden Listen verdrängten also eine Junahme. Auf die verdrängten Listen der Sozialisten (808), Mittel (129), der Theologen (108), Philosophen (171) und Rechts- und Staatswissenschaftler (888) entfielen insgesamt 1651 Stimmen, mithin ist eine Abnahme festzustellen. Die Sozialisten verdrängten mit 206 Stimmen eine kleine Junahme. Für die Liste der Wandervogel und freidenklichen Studenten 120, für U. S. V. 170, für U. S. V. 114, für katholische Studenten 139, für die jüdische Gruppe 201 und für die Volksw. 62 Studenten, danach zusammen 1202 gültige Stimmen. Die Verteilung der 122 Mandate erfolgt nach den eingereichten 14 Listen, wovon fünf miteinander verbunden waren.

Ueber Pilze, Pflanzenbau, Holzverfälschungen hat Dr. med. P. Jacobson an der Humboldt-Hochschule eine Vorlesung gehalten mit 100 Bildern und Lichtbildern, die am Freitag, den 28. Mai, im Werner-Siemens-Vereinssaal, Obenreutensstraße 47, abends 8 Uhr, begann. Vorträge sind ebenfalls in Hauptortsaal, Neue Friedrichstr. 53/55, in Kaufhäusern und vielen Buchhandlungen.

Das amerikanische Schmalz wird von der Bevölkerung sehr hoch geschätzt. Das unheimliche Defizit wird gestagt, wo das Schmalz bleibt, ob es beim Ausstraten überlaufen oder ob sonst ein Unfug damit passiert sei. Es ist zu hoffen, daß die Freitag letzten bald zur Abgabe gelangen, allzu fest wird die Bevölkerung von dem kleinen Quantum nicht werden.

Berlin-Gubholz. In der hiesigen Gemeindeverwaltung können eine Anzahl neuer und alter Männeranzüge abgekauft werden, und zwar erfolgt die Ausgabe am Einbocher mit einem freiwilligen Einkommen bis höchstens 200 Mk. Der Verkauf erfolgt am Freitag und Sonnabend. Der letzte Steuersack ist mitzubringen. Die Preise sind in der Verkaufsstelle zu erfahren. Außerdem können noch eine große Anzahl Frauenanzüge und Männerhosen, sowie einige Paar getragene Militärschuhe abgekauft werden.

Der Schlichtermeister August Bientz, Alt-Moabit 65, teilt mit, daß das Gerücht, er habe amerikanischen Speck hinterrum verkauft, und sein Vabon wäre aus diesem Grunde vier Wochen geschlossen worden, seine Unterlagen sei.

Strassenverengung. Die Friederichstraße vor dem Hotel Atlas wird wieder Einbau der Teile der Untergrundbahn von sofort ab bis auf weiteres für den Fußverkehr gesperrt.

Verband Volksgesundheit, Ostseeufer Berlin. Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung für den Monat Mai findet im Ruggelheim heute nachmittags 4 Uhr statt. Gäste willkommen.

Körp-Kadriaten-Park Verbe. Freitag nachmittags 4 Uhr, im Geordentlichshaus, Saal 1, Vollversammlung des gesamten Verbands.

Internationaler Bund der Kriegesbeschädigten und Kriegesinter-Mitglieder. (Vortragsgruppe Volkow-Schönhäuser-Gubh. 1018.) Sonnabend abends 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Schulstraße, Volkow, Volkowstr. 131.

Abschied des Kriegesbeschädigten, ehem. Kriegesinternehmer und Kriegesinterbliebenen, Walter Kottentzenburg, Freitag, 7 1/2 Uhr abends, im oberen Saal des Volkshauses, Rosastr. 4, öffentliche Abschiedsversammlung.

Vortragsgruppe Volkshof der Zentralstelle für die Erziehung des Sozialdemokraten am Sonnabend, den 31. Mai 1919, abends 6 1/2 Uhr, bei Schenk, Gubenstraße, 15, eine Zusammenkunft aller Mitglieder und ständigen Freunde der Erziehungsbewegung.

Gegen Wohnungsnot, Wohnungswucher und Schleichhandel demonstriert die Berliner Bevölkerung ohne Parteifarben am Freitag, nachmittags 6 Uhr, im Berliner Anjagarten. Kleinkreis (siehe Inserat).

Theater und Vergnügungen.

Opernhaus 7 Uhr: Mona Lisa.

Schauspielhaus 7 Uhr: Coriolan.

Volksbühne Theater am Hiltowplatz. 7 Uhr: Die Heirat.

8 Uhr: Der Umzug.

Rönngräzter Straße 18 Uhr: Stützen & Gesellschaft.

Freitag: Hüberpelz. (Frau Wolf: Elise Lehmann).

Sonnabend: Der Vater (Ludw. Hartau, Maria Orska).

Berliner Theater 18 Uhr: Sterne die wieder leuchten.

Direktion Max Reinhardt Deutsches Theater

18 Uhr: Die Wupper. Sonntag 7 Uhr und Montag 3 Uhr Max Pallenberg in Familie Schmek.

Kammerspiele 7 Uhr: Der Sina. Sonntag und Montag 7 Uhr: Leopoldine Konstantin in die Tücher.

Kleines Schauspielhaus 7 Uhr: D. Büchse d. Pandora.

Lessing-Theater Direkt. Victor Barnowsky.

7 Uhr: Der Blaufuchs. Sonntag: Der Liech. Sonntag: Reginald der Sommer.

Deutsches Künstler-Theat. Heute u. folg. Tage 7 Uhr: Das Schloß am Wannensee.

18 Uhr: Rigoletto. 19 Uhr: Die Puppe.

Köpenicker-Theater 7 Uhr: Gartenblume: Konzert. 8 Uhr: Ebe-Urliamb.

Walhalla-Theater 7 Uhr: Kleines Schiavin.

Casino-Theater. Lehrlinger-Str. 37. 7 Uhr: Die Berliner Post. 8 Uhr: Der weiße Hölleblauh.

Wintergarten 7 Uhr: Varietévorstellung. Heute gestaltet.

Film-Palast

Kellers Festsäle Kopenstr. 23. Dir. J. Werner.

Heute letzter Tag: Der große indische Liebesroman u. Prem-Killer.

Die Lieblingsfrau des Maharadscha II. Teil.

In dem Hauptrollen: Gunnar Tolnes, Lully Jacobson u. d. glänzende Besetzung.

Am 21. Mai, abends 7 Uhr: Eröffnung des Filmwells und Mele.

Gr. Volksbelustigung und Schrammelmusik.

Theater am Kottbusertor (Fr. Sassestr. 6) Elite-Sänger.

18 Uhr: Hilde der Stätiner Säng. Heute Abend 7 1/2 Uhr.

Wohltätigkeits-Vorstellung zum Besten der deutschen Kriegs- u. Zivilgefangenen Auserw. Programm!

Bildigen-Konzert Berlin 7 Uhr.

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9. Konzert - Theater Spezialitäten.

18 Uhr: Anfang 4 Uhr.

Prinzeß-Theater

Kantstraße 163, am Zoo. Ab August nach Umbau und Vergrößerung Richard-Oswald Lichtspiele.

Morgen: Uraufführung Anders als die Andern (§ 175).

Sozialhygienisches Filmwerk mit wissenschaftl. Unterstützung von Dr. Magnus Hirschfeld, Conrad Veidt, Reinhold Schünzel, Anita Berber, Fritz Schulz.

Regie: Richard Oswald. Einleitende Worte von Dr. Magnus Hirschfeld.

Erhöhte Preise. Vorverkauf 11-1 Uhr an der Theaterkasse und im Kaufhaus des Westens.

Wirtshaus am Orankesee. Inh. Max Korn. Berlin-Hohenschönhausen, Orankestr. 41-43.

Donnerstag (Himmelfahrt) sowie jeden Sonntag Konzert und Tanz.

Jeden Montag: Residenzsaal und Tanz. Jeden Dienstag: Kinderfest (Oskel Palla).

Jeden Mittwoch und Freitag: Unterricht für moderne Tänze. An beiden Pflanzfeiertagen: Frühkonzert und Tanz.

Artus-Hof-Garten, Perleberger Str. 24. Heute, Donnerstag, sauberrücklich.

Letzter Tag der Ringkampf-Konkurrenz. Es haben noch zu ringen: Hein Herrmann, Bartkowiack gegen Pietro-Scholz.

Beide Kämpfe bis zur Entscheidung. Nach dem Ringkampf: Proklamierung der Sieger. Freitag, den 30. Mai 1919.

Eröffnung der Sommerspielzeit. Das Riesenprogramm: 6 Uhr: Erstklassige Spezialitäten.

7 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur Käthe u. Karl Reich. 9 Uhr: Kino im Garten.

Das Kaviarmäuschen Operettenpersonal. Sonntag Anfang 4 Uhr, Abonnements von 11-1 Uhr im Theaterbureau.

Im luftigen Klassaal: 3 Uhr, Sonntags 3 Uhr: Das Kaviarmäuschen. 9 Uhr: Die Sonnenkinder.

Schweizer-Garten Am Friedrichshain 29/32. Direkt. Fritz Fechner und Wilhelm Herrmann.

Heute, Himmelfahrtstag: Das große Sensations-Spezialitätenprogramm mit der Anstaltungspopere.

Ueberrn großen Teich. Anfang 4 Uhr. Kasseneröffnung 2 Uhr. Vorverkauf von 10 Uhr anmütig ab im Vergnügen: Grosses Müllers-Freizeitfest im Saal: Odeontheater Ball.

VORANZEIGE. Sonntag, den 31. Mai 1919. Grosses Sommerfest.

Der Handlbarbeiter und Arbeiterinnen des Transportarbeiter-Verbandes. Konzert, Theater, Spezialitäten, Volksbelustigung jeder Art: Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Billige Menüs sind im Gewerkschaftssaal, Cappelstr. bei der Brancheleitung bis Freitag um 5 Uhr zu haben.

FORTUNA Sommer-Restaurant Seebad Reinickendorf. Residenzstr., Ecke Marktstr. Linie: 22, 32, 41.

Heute letzter Tag! Der grosse Erfolg 2 Teil Der Hund v. Baskerville.

Ab Freitag: Arme schöne Mädchen. Sittengemilde.

Gr. Tanz. Ab Himmelfahrt jeden Sonntag Gr. Gartenkonzert Frühkonzert.

Achtung! Achtung! Art-Verleiwerkstatt Süd Spandau. Freitag, den 30. Mai, mittags 1 Uhr, findet in den Germania-Saal, Berlin N. Chausseestraße, eine Betriebsversammlung statt.

Wichtige Tagesordnung, zahlreiches Erscheinen erforderlich. Der Obmann, Neumann.

Vergnügungs-Palast „Groß-Berlin“

früher: Rilems Festsäle. Kasernenstr. 13-15. Direkt. Karl Knope.

Donnerstag, den 29. 5. (Himmelfahrtstag) und Sonntag, den 1. Juni: Großer Ball mit verstärktem Orchester.

Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 7 Uhr. Die eleganten Säle und Sommertheater sind für Gesellschaften und Vereine unter kalten Bedingungen zu vergeben.

Säle frei! Auch Sonnabends und Sonntags für Vereine, Gesellschaften, Versammlungen.

Kellers Festsäle. Kopenstraße 29. Nordes 9292 u. 9293.

Gute Bücher für den Ehestand.

Der Mensch. Werden, Sein u. Vergehen. Von A. T. Scher. 1. Teil. Mit 4 farbigen Tafeln und ca. 375 Illustrationen. Preis gebunden M. 7.50, gebunden M. 10.—. — Ferner:

Mann und Weib. Eine Gesamtdarstellung ihrer sittlichen, physiologischen u. kulturhistorischen Beziehung. Von Dr. C. Mertens. Ein 470 Seiten starker Band. Preis gebunden M. 6.—, gebunden M. 8.—.

Das Geschlechtsleben des Weibes. Von Frau Dr. Fischer-Dänkelmann. 50. vermehrte u. verbesserte Auflage u. vielen Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des Frauenkörpers in 4 Entwurfsperioden. Für jede Frau die Mutter werden, für jeden Mann der begehrt. Preis gebunden M. 5.—, elegant gebunden M. 6.50.

Prof. Kohler nennt das begeistert aufgenommen. Jeden in 5. Auflage erschienene Werk der Frau Truska-Bagienoff.

Die aufgeklärte Frau. Das Beste, das je über u. für d. Frau erschienen ist. Mit vielen Illustrationen u. von ersten Künstlern der Frau in allen Lebenslagen. Preis gebunden M. 5.—, elegant gebunden M. 6.50.

Die Bücher sind einzeln oder zusammen zu beziehen durch Bogler u. Co., Berlin Köthener Str. 27, Abt. 8.

Die Räte-Zeitung ist kein Partei-Organ, sondern eine Zeitung für alle, die auf dem Boden des reinen Räte-Systems stehen.

Die „Räte-Zeitung“ ist auch nicht das Blatt irgend einer Partei-Fraktion irgend eines Ortes, sondern sie ist die einzig richtige Zeitung aller Hand- und Kopf-Arbeiter-Räte im ganzen Reich.

Die „Räte-Zeitung“ ist das Mittelungsblatt des Reichsverbandes der Arbeiter, des Reichsverbandes der Arbeiterinnen, des Reichsverbandes der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen des Reichsverbandes der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen.

Die „Räte-Zeitung“ erscheint wöchentlich 2 mal in normaler Zeitungsform mit dem Preis von 10 Pfennig.

Bei dem Einzel-Exemplar. Abonnement: 1 mal im Monat Mk. 1.— für den Monat, Mk. 3.— für das Vierteljahr, in allen Orten Deutschlands zu beziehen durch die Buchhandlungen, Zeitungs-Speditionen, Klubs, Strassenhändler, durch alle Postanstalten, oder direkt vom Verlag der „Räte-Zeitung“ Berlin SW. 11.

Strassenhändler für den Vertrieb hochwertiger Schriften gesucht. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. Schillbaurdamm 19.

Niederschöneweide. Ab 1. Juni wird unsere Expedition von Sedanstraße 37 zu Gronius, Fließstraße 23 verlegt. Alle Bestellungen und Bestellungen bitten wir dorthin zu richten.

Die Heilkraft des Radium

erproben Sie durch Anwendung der Dr. med. Gutentha's 5 Radium-Spezialpräparate.

Vorzüglich bewährt bei Rheuma und Ischias, Mastdarm- und Leberkrankheiten, Achsel-, Fuß- und Handgelenk, Picket, Nerven, Mieser.

Einzel-Packung mit Gebrauchsanweisung Mark 4.75. D. P. O. M. 1919/10. Die Größte Wirksamkeit. Nur echt mit Namenszug des Erfinders. Phäkalisch bei Viktoria-Apothek, SW. 48, Friedrichstr. 19. Tel. Moritz 2400. Fürst Bismarck-Apothek, SW. 48, Friedrichstr. 19. Tel. Moritz 2400. Adler-Apothek, N., Prinzessinnenstr. 2. Apotheke z. Eis. Kreuz, N., Kastanienallee 2. Marien-Apothek, Wilmersdorf, Wilhelmstr. 116. General-Vertrieb Cohnreich & Philipp, Charlitz 208, Rosenthaler Str. 706.

Wie ein Wunder best. Dr. med. Karl Reinhardt. Berlin, Potsdamer Strasse 117 (a. d. Lützowstrasse). Haut- und Harnarzt.

berühmte, hochmechanische Behandlung. Unentgeltliche Anamnese und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 11-12 mittags, 1-2 abends, Sonntags 11-1 Uhr im verschlossenen Brief Mk. 1.20.

Zähne v. 3 an mit echtem Fildemas-Kautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben, Umarbeitung schlechtester Gebisse u. Reparatur sol. Zahnräder mit Beschleunigung. Billige Preise ev. Tilgung. D. A. Löser Jr. nur Kaiserstr. 39 (alt Friedrichstr. 1-1, best. 1-1).

Facharzt Dr. Meyenberg für Geschlechtsleiden 11-1 und 5-7 Uhr Potsdamer Str. 27b.

Facharzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden, Salvarsan-Kuren, -Blutuntersuchung, -Schnellste Heilung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane in Dr. Bitters Heilanstalt Potsdamer Str. 27b 11-1, 5-7, Sonntag 11-1.

Am 27. d. M. verchied nach kurzem, schwerem Leiden mein (inlang geliebter Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegerohn u. Oskel, der Gastwirt Otto Thomas im 53. Jahre.

Die Einäscherung findet am Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium Gerichtstrasse statt. Berlin, Badstr. 8b. Ww. Anna Thomas und Kinder.

Gesangvorles „Gedenke mir, Herrmann“ H. A. D. A. S. B. Am 27. 5. verstarb uns allzu unerwartet, unser langjähriger Segebruder, der Gastwirt Otto Thomae.

Wir werden ihm stets ein bleibendes Andenken bewahren. Der Vorstand. Die Einäscherung findet am Sonntag nachmittags im Krematorium Gerichtstr. statt. Bekanngabe des Zeitpunktes erfolgt Freitag abend in der Übungsstunde.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.



Berlin O 34 Frankf. Allee 337. Berlin-Lichtenberg Frankf. Allee 267. Cde. Elfter Str. 112, 4180 am Ringdamm. Musikalien + Instrumente Pianos + Harmoniums.

Dr. med. Karl Reinhardt Berlin, Potsdamer Strasse 117 (a. d. Lützowstrasse). Haut- und Harnarzt.

berühmte, hochmechanische Behandlung. Unentgeltliche Anamnese und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 11-12 mittags, 1-2 abends, Sonntags 11-1 Uhr im verschlossenen Brief Mk. 1.20.

Zähne v. 3 an mit echtem Fildemas-Kautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben, Umarbeitung schlechtester Gebisse u. Reparatur sol. Zahnräder mit Beschleunigung. Billige Preise ev. Tilgung. D. A. Löser Jr. nur Kaiserstr. 39 (alt Friedrichstr. 1-1, best. 1-1).

Facharzt Dr. Meyenberg für Geschlechtsleiden 11-1 und 5-7 Uhr Potsdamer Str. 27b.

Facharzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden, Salvarsan-Kuren, -Blutuntersuchung, -Schnellste Heilung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane in Dr. Bitters Heilanstalt Potsdamer Str. 27b 11-1, 5-7, Sonntag 11-1.

Am 27. d. M. verchied nach kurzem, schwerem Leiden mein (inlang geliebter Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegerohn u. Oskel, der Gastwirt Otto Thomas im 53. Jahre.

Die Einäscherung findet am Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium Gerichtstrasse statt. Berlin, Badstr. 8b. Ww. Anna Thomas und Kinder.

Gesangvorles „Gedenke mir, Herrmann“ H. A. D. A. S. B. Am 27. 5. verstarb uns allzu unerwartet, unser langjähriger Segebruder, der Gastwirt Otto Thomae.

Wir werden ihm stets ein bleibendes Andenken bewahren. Der Vorstand. Die Einäscherung findet am Sonntag nachmittags im Krematorium Gerichtstr. statt. Bekanngabe des Zeitpunktes erfolgt Freitag abend in der Übungsstunde.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 31. Mai nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium, Gerichtstr. 30/30 statt. Um reue Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

6 Wahlkreise 8 Abt. 812. Am Dienstag, d. 27. Mai verstarb unser Genosse der Gastwirt Otto Thomas Badstr. 8b.

Wie ein Wunder best. Dr. med. Karl Reinhardt. Berlin, Potsdamer Strasse 117 (a. d. Lützowstrasse). Haut- und Harnarzt.

berühmte, hochmechanische Behandlung. Unentgeltliche Anamnese und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 11-12 mittags, 1-2 abends, Sonntags 11-1 Uhr im verschlossenen Brief Mk. 1.20.

Zähne v. 3 an mit echtem Fildemas-Kautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben, Umarbeitung schlechtester Gebisse u. Reparatur sol. Zahnräder mit Beschleunigung. Billige Preise ev. Tilgung. D. A. Löser Jr. nur Kaiserstr. 39 (alt Friedrichstr. 1-1, best. 1-1).

Facharzt Dr. Meyenberg für Geschlechtsleiden 11-1 und 5-7 Uhr Potsdamer Str. 27b.

Facharzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden, Salvarsan-Kuren, -Blutuntersuchung, -Schnellste Heilung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane in Dr. Bitters Heilanstalt Potsdamer Str. 27b 11-1, 5-7, Sonntag 11-1.

Am 27. d. M. verchied nach kurzem, schwerem Leiden mein (inlang geliebter Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegerohn u. Oskel, der Gastwirt Otto Thomas im 53. Jahre.

Die Einäscherung findet am Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium Gerichtstrasse statt. Berlin, Badstr. 8b. Ww. Anna Thomas und Kinder.

Gesangvorles „Gedenke mir, Herrmann“ H. A. D. A. S. B. Am 27. 5. verstarb uns allzu unerwartet, unser langjähriger Segebruder, der Gastwirt Otto Thomae.

Wir werden ihm stets ein bleibendes Andenken bewahren. Der Vorstand. Die Einäscherung findet am Sonntag nachmittags im Krematorium Gerichtstr. statt. Bekanngabe des Zeitpunktes erfolgt Freitag abend in der Übungsstunde.

Wie ein Wunder best. Dr. med. Karl Reinhardt. Berlin, Potsdamer Strasse 117 (a. d. Lützowstrasse). Haut- und Harnarzt.

berühmte, hochmechanische Behandlung. Unentgeltliche Anamnese und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 11-12 mittags, 1-2 abends, Sonntags 11-1 Uhr im verschlossenen Brief Mk. 1.20.

Zähne v. 3 an mit echtem Fildemas-Kautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben, Umarbeitung schlechtester Gebisse u. Reparatur sol. Zahnräder mit Beschleunigung. Billige Preise ev. Tilgung. D. A. Löser Jr. nur Kaiserstr. 39 (alt Friedrichstr. 1-1, best. 1-1).

Facharzt Dr. Meyenberg für Geschlechtsleiden 11-1 und 5-7 Uhr Potsdamer Str. 27b.

Facharzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden, Salvarsan-Kuren, -Blutuntersuchung, -Schnellste Heilung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane in Dr. Bitters Heilanstalt Potsdamer Str. 27b 11-1, 5-7, Sonntag 11-1.

Am 27. d. M. verchied nach kurzem, schwerem Leiden mein (inlang geliebter Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegerohn u. Oskel, der Gastwirt Otto Thomas im 53. Jahre.

Die Einäscherung findet am Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr im Krematorium Gerichtstrasse statt. Berlin, Badstr. 8b. Ww. Anna Thomas und Kinder.

Gesangvorles „Gedenke mir, Herrmann“ H. A. D. A. S. B. Am 27. 5. verstarb uns allzu unerwartet, unser langjähriger Segebruder, der Gastwirt Otto Thomae.

Wir werden ihm stets ein bleibendes Andenken bewahren. Der Vorstand. Die Einäscherung findet am Sonntag nachmittags im Krematorium Gerichtstr. statt. Bekanngabe des Zeitpunktes erfolgt Freitag abend in der Übungsstunde.

Leдебур vor den Geschworenen

Achter Verhandlungstag.

Als erster Zeuge wird das Mitglied des Berliner Volksgenossenschafts, Fräulein Rosenbühler, vernommen. Rosenbühler war am 5. Januar in der Kommandantur tätig. Er hatte den Eindruck, daß bei der Besetzung des „Vorwärts“ und der verschiedenen Anstalten eine einheitliche Handlung nicht vorlag. Erst als die Regierung eine einheitliche Handlung nicht vorlag, so daß die Regierung eine Erklärung herbeiführen wollte. Als Mitglied des Volksgenossenschafts kann der Zeuge behaupten, daß der Volksgenossenschaft mit Eichhorn Amtsführung bis zu dem freilich Januarigen einverstanden war. Der Zeuge soll jetzt eine Rechnung über gelieferte Waffen im Betrage von 200.000 Mark bezahlen. Diese Waffen sind zwischen dem 20. November und 12. Dezember an das Polizeipräsidium geliefert worden. Das Ministerium des Innern hat die Bezahlung dieser Rechnung verweigert. Er habe damals Eichhorn als rechtmäßigen Polizeipräsidenten angesehen und die Waffenbestellung zusammen mit Richard Müller vom Volksgenossenschaftsamt gegenzeichnet.

Staatsanwalt Zumbroich: Haben Sie irgendwelche Anhaltspunkte dafür, daß die Regierung diesen Zeitpunkt sich gewählt hat, um die Besetzung zum früheren Vorklage zu bewegen? — Rosenbühler: Ich hatte den Eindruck, daß die Regierung eine Erklärung herbeiführen wollte. Als Mitglied des Volksgenossenschafts kann der Zeuge behaupten, daß der Volksgenossenschaft mit Eichhorn Amtsführung bis zu dem freilich Januarigen einverstanden war. Der Zeuge soll jetzt eine Rechnung über gelieferte Waffen im Betrage von 200.000 Mark bezahlen. Diese Waffen sind zwischen dem 20. November und 12. Dezember an das Polizeipräsidium geliefert worden. Das Ministerium des Innern hat die Bezahlung dieser Rechnung verweigert. Er habe damals Eichhorn als rechtmäßigen Polizeipräsidenten angesehen und die Waffenbestellung zusammen mit Richard Müller vom Volksgenossenschaftsamt gegenzeichnet.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Ist dem Zeugen bekannt, daß die Waffen im Polizeipräsidium für die Mannschaften des Eisenerzschutzes nicht ausgereicht haben? — Rosenbühler: Ich kann behaupten, daß ich annahm, daß die Waffen nicht für eine Besetzung gegen die Regierung, sondern zu einem rechtmäßigen Gebrauch bestimmt waren. — Rechtsanwalt Obuch: Es ist Ihnen doch bekannt, daß Eichhorn als kommunaler Beamter dem Berliner Volksgenossenschaft unterstellt war? — Vorsitzender: War Eichhorn kommunaler Beamter? — Rosenbühler: Es ist an der Stellung seinerzeit nichts geändert worden, es hat nur ein Verleumdungsartikel stattgefunden. — Rechtsanwalt De. Dersfeld: Das Eichhorn im Sinne des alten revolutionären Systems zum Beamten ernannt worden ist, davon kann doch nicht die Rede sein. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Ist Ihnen bekannt, daß Eichhorn schon vor seiner Ernennung durch den Volksgenossenschaftsamt im Polizeipräsidium tätig war? — Rosenbühler: Eichhorns Name wurde in einer Sitzung genannt, es war gewissermaßen eine Beteiligung. — Rechtsanwalt Obuch: Ist dem Zeugen bekannt, daß sowohl das Ministerium des Innern wie das Finanzministerium dem Volksgenossenschaftsamt und den anderen revolutionären Körperschaften Sammelstellen in der Anweisung und Gewährung der notwendigen Geldmittel bereitet. — Rosenbühler: Diese Tatsache ist mir bekannt, sie ist auf dem Märkte im Dezember eingehend erörtert worden. — Rechtsanwalt Obuch: Sie haben davon gesprochen, daß zwischen dem Volksgenossenschaftsamt und dem Kommando von Berlin Unstimmigkeiten über die Abgrenzung der beiderseitigen Amtsbefugnisse zutage traten? — Rosenbühler: Ich hatte das Empfinden, wenn einer dieses sagte, machte der andere jenes. — Rechtsanwalt Obuch: Ist Ihnen nicht bekannt, daß gerade der Volksgenossenschaftsamt mit diesen Beschlüssen fertiggestellt zu tun gehabt hat. — Rosenbühler: Ja wohl, es ist mir bekannt. — Rechtsanwalt Obuch: Ist Ihnen etwa bekannt, daß dem Volksgenossenschaftsamt Eichhorn von Seiten des Volksgenossenschaftsamt irgend eine Klage wegen einer Amtshandlung vorgebracht wurde? — Vorsitzender: Die Klagen auf die angeblichen Verfehlungen des Polizeipräsidenten Eichhorn bei dieser Straffache nicht eingehen. — Rechtsanwalt Obuch: Es erhebt sich mir sehr notwendig, auch in die Einzelheiten einzugehen. In den Herren Geschworenen einen Ueberblick zu geben, in welcher Rechts- und Konfliktlage sich die Personen wie Eichhorn und Leдебур damals befinden mußten, welche die Revolution vom November gemacht hätten. Für sie konnte die einseitige Absetzung Eichhorns durch das Ministerium kein rechtsverbindlicher Akt sein. — Staatsanwalt Obuch: Ich bitte den Antrag abzulehnen. Die Fragen sind in der Unternehmung erörtert worden. Hier können wir nicht auf sie eingehen. — Rechtsanwalt De. Dersfeld: Es ist durchaus wesentlich, die Tatsachen, die der Zeuge genannt hat, zur Sprache zu bringen. — Staatsanwalt Zumbroich: Der Volksgenossenschaft hat sich doch nachträglich mit der Amtsentsetzung Eichhorns einverstanden erklärt. — Rechtsanwalt Liebknecht: Wir haben hier festzustellen, wie war das Urteil des Herrn Leдебур, wie konnte und mußte es sein. Das nachträgliche Urteil des Volksgenossenschafts kommt hier gar nicht in Betracht.

Leдебур: Der Kern der ganzen Angelegenheit ist für mich die Frage, ob das Ministerium des Innern das Recht hatte, Eichhorn abzusetzen. Weil die Zustimmung des Volksgenossenschafts damals nicht vorlag. — Staatsanwalt Obuch: Ich bitte den Antrag abzulehnen. Die Fragen sind in der Unternehmung erörtert worden. Hier können wir nicht auf sie eingehen. — Rechtsanwalt De. Dersfeld: Es ist durchaus wesentlich, die Tatsachen, die der Zeuge genannt hat, zur Sprache zu bringen. — Staatsanwalt Zumbroich: Der Volksgenossenschaft hat sich doch nachträglich mit der Amtsentsetzung Eichhorns einverstanden erklärt. — Rechtsanwalt Liebknecht: Wir haben hier festzustellen, wie war das Urteil des Herrn Leдебур, wie konnte und mußte es sein. Das nachträgliche Urteil des Volksgenossenschafts kommt hier gar nicht in Betracht.

Leдебур: Der Kern der ganzen Angelegenheit ist für mich die Frage, ob das Ministerium des Innern das Recht hatte, Eichhorn abzusetzen. Weil die Zustimmung des Volksgenossenschafts damals nicht vorlag. — Staatsanwalt Obuch: Ich bitte den Antrag abzulehnen. Die Fragen sind in der Unternehmung erörtert worden. Hier können wir nicht auf sie eingehen. — Rechtsanwalt De. Dersfeld: Es ist durchaus wesentlich, die Tatsachen, die der Zeuge genannt hat, zur Sprache zu bringen. — Staatsanwalt Zumbroich: Der Volksgenossenschaft hat sich doch nachträglich mit der Amtsentsetzung Eichhorns einverstanden erklärt. — Rechtsanwalt Liebknecht: Wir haben hier festzustellen, wie war das Urteil des Herrn Leдебур, wie konnte und mußte es sein. Das nachträgliche Urteil des Volksgenossenschafts kommt hier gar nicht in Betracht.

Leдебур: Der Kern der ganzen Angelegenheit ist für mich die Frage, ob das Ministerium des Innern das Recht hatte, Eichhorn abzusetzen. Weil die Zustimmung des Volksgenossenschafts damals nicht vorlag. — Staatsanwalt Obuch: Ich bitte den Antrag abzulehnen. Die Fragen sind in der Unternehmung erörtert worden. Hier können wir nicht auf sie eingehen. — Rechtsanwalt De. Dersfeld: Es ist durchaus wesentlich, die Tatsachen, die der Zeuge genannt hat, zur Sprache zu bringen. — Staatsanwalt Zumbroich: Der Volksgenossenschaft hat sich doch nachträglich mit der Amtsentsetzung Eichhorns einverstanden erklärt. — Rechtsanwalt Liebknecht: Wir haben hier festzustellen, wie war das Urteil des Herrn Leдебур, wie konnte und mußte es sein. Das nachträgliche Urteil des Volksgenossenschafts kommt hier gar nicht in Betracht.

Leдебур: Der Kern der ganzen Angelegenheit ist für mich die Frage, ob das Ministerium des Innern das Recht hatte, Eichhorn abzusetzen. Weil die Zustimmung des Volksgenossenschafts damals nicht vorlag. — Staatsanwalt Obuch: Ich bitte den Antrag abzulehnen. Die Fragen sind in der Unternehmung erörtert worden. Hier können wir nicht auf sie eingehen. — Rechtsanwalt De. Dersfeld: Es ist durchaus wesentlich, die Tatsachen, die der Zeuge genannt hat, zur Sprache zu bringen. — Staatsanwalt Zumbroich: Der Volksgenossenschaft hat sich doch nachträglich mit der Amtsentsetzung Eichhorns einverstanden erklärt. — Rechtsanwalt Liebknecht: Wir haben hier festzustellen, wie war das Urteil des Herrn Leдебур, wie konnte und mußte es sein. Das nachträgliche Urteil des Volksgenossenschafts kommt hier gar nicht in Betracht.

Leдебур: Der Kern der ganzen Angelegenheit ist für mich die Frage, ob das Ministerium des Innern das Recht hatte, Eichhorn abzusetzen. Weil die Zustimmung des Volksgenossenschafts damals nicht vorlag. — Staatsanwalt Obuch: Ich bitte den Antrag abzulehnen. Die Fragen sind in der Unternehmung erörtert worden. Hier können wir nicht auf sie eingehen. — Rechtsanwalt De. Dersfeld: Es ist durchaus wesentlich, die Tatsachen, die der Zeuge genannt hat, zur Sprache zu bringen. — Staatsanwalt Zumbroich: Der Volksgenossenschaft hat sich doch nachträglich mit der Amtsentsetzung Eichhorns einverstanden erklärt. — Rechtsanwalt Liebknecht: Wir haben hier festzustellen, wie war das Urteil des Herrn Leдебур, wie konnte und mußte es sein. Das nachträgliche Urteil des Volksgenossenschafts kommt hier gar nicht in Betracht.

Leдебур: Der Kern der ganzen Angelegenheit ist für mich die Frage, ob das Ministerium des Innern das Recht hatte, Eichhorn abzusetzen. Weil die Zustimmung des Volksgenossenschafts damals nicht vorlag. — Staatsanwalt Obuch: Ich bitte den Antrag abzulehnen. Die Fragen sind in der Unternehmung erörtert worden. Hier können wir nicht auf sie eingehen. — Rechtsanwalt De. Dersfeld: Es ist durchaus wesentlich, die Tatsachen, die der Zeuge genannt hat, zur Sprache zu bringen. — Staatsanwalt Zumbroich: Der Volksgenossenschaft hat sich doch nachträglich mit der Amtsentsetzung Eichhorns einverstanden erklärt. — Rechtsanwalt Liebknecht: Wir haben hier festzustellen, wie war das Urteil des Herrn Leдебур, wie konnte und mußte es sein. Das nachträgliche Urteil des Volksgenossenschafts kommt hier gar nicht in Betracht.

Obuch: Diese Fälle meine ich nicht. Erinnern Sie sich nicht, daß damals einige

rheinische Industrielle wegen eines angeblichen Komplotts

auf Demoralisation eines Heiners von den dortigen Arbeiter- und Soldatenräten verhaftet worden sind? — Rosenbühler: Ja wohl. — Rechtsanwalt Obuch: Wissen Sie, daß Eichhorn sich in dieser Sache an den Volksgenossenschaft gewandt hat? — Rosenbühler: Mir ist nicht in Erinnerung, daß Eichhorn über das Schicksal dieser Herren zu entscheiden hätte. Sie sind, so viel ich weiß, doch direkt in das Hoheitsgebiet Unterhandlungsgegenstände eingeschleift worden. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Erinnern Sie sich nicht, daß Eichhorn Stinnes und Laufen am Bahnhof in Empfang genommen hat? — Rosenbühler: Ich kann mich nicht erinnern. Rechtsanwalt Rosenfeld: So werden wir zu diesem Punkte den Generalstaatsanwalt Plaßke hören, der mit Eichhorn über diese Fragen eingehend verhandelt hat. — Rechtsanwalt Obuch: Es hätten sich einige Offiziere gegenrevolutionäre Ausschreitungen zuzuschreiben kommen lassen.

Ist Ihnen bekannt, daß Eichhorn, bevor er zu Verhaftungen schritt, sich in einer Sitzung des Volksgenossenschafts über die Ansichten dieser Körperschaft Gewissheit verschaffte? — Rosenbühler: So viel ich weiß, hat Eichhorn vor dem Volksgenossenschaft ein Referat über Maßnahmen zur Verhütung einer Gegenrevolution gehalten und sich mit einigen Mitgliedern des Volksgenossenschafts in den konkreten Hoffnungen Rat eingeholt. Der Zeuge Rosenbühler äußert sich jedoch über die Beziehungen zwischen Kommandantur und Polizeipräsidium. Die Kompetenzen waren die gleichen wie früher geblieben; wegen des Mangels an Personal verwandte aber das Präsidium ebenso wie die Kommandantur Soldaten, und dieser Umstand führte zu Konflikten.

Der schwerste Zusammenstoß

erfolgte am 8. Dezember.

Die Kommandantur hatte wegen einer Anzahl Volksgenossenschafts Versammlungen Sperren in der Chausseestraße angeordnet. Nach der Demonstration im Gernersdamm hatte sich ein großer Demonstrationzug gebildet, an dessen Spitze sich Eichhorn stellte, der diese Demonstrationen genehmigt hatte. Es kam zu Zusammenstößen.

Rechtsanwalt Obuch: Die Kommandantur hatte doch als wesentliche Aufgabe damals die Demobilisierung des alten Heeres. Wie kam es, daß man sich an streifenpolizeilichen Maßnahmen für berechtigt hielt? — Rosenbühler: Die Kommandantur hielt die Sperren für zweckmäßig. — Rechtsanwalt Obuch: Bäre es nicht Pflicht der Kommandantur gewesen, das Polizeipräsidium von dieser polizeilichen Maßnahme vorher rechtzeitig zu verständigen? — Vorsitzender: Diese Frage kann ich nicht zulassen. Ihre Beantwortung ist keine Aufgabe, sondern ein Urteil. — Rechtsanwalt Obuch: Was für Umstände bestimmten Sie, Ihr Mandat als Beauftragter in der Kommandantur dem Volksgenossenschaft zurückzugeben. — Rosenbühler: Die Vorgänge vom 6. und 8. Januar. Ich konnte nach den Vorgängen im März mein Mandat nicht mehr ausüben, ohne zweideutig zu handeln. — Rechtsanwalt Obuch:

Wie wurde der Widerstand im Januar organisiert?

Rosenbühler: Es wurden Freiwillige aus dem Volke aufgerufen und von der Regierung bewaffnet. Meine Aufgabe war es, den neuen Kommandanten einzuführen.

Die Sitzung muß nunmehr geschlossen werden, weil die Akten wegen der Haftentlassungsbeschwerden zum Kriminalgericht müssen. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Gegenüber der neutralen Bemerkung des Staatsanwalts Obuch, daß nur ein kleiner Teil der Arbeiterhaft die Freilassung des Angeklagten wünsche, stelle ich fest, daß die Kommandantur der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin mit 1000 gegen 3 Stimmen die Haftentlassung Leдебours gefordert hat. Hinter dieser Versammlung steht eine Million Berliner Arbeiter.

Rechtsanwalt Liebknecht: Die Staatsanwaltschaft sucht den H. Bachmann, hat ihn aber seit Wochen nicht ermitteln können. Wir machen daher die Mitteilung, daß der Bachmann in Charlottenburg, Goethestraße 24, 4 Treppen, rechts bei Senke, wohnt, und erwarten, daß die Anklagebehörde nunmehr dafür sorgt, daß der Zeuge in diesem wichtigen Strafverfahren erscheint. Die Sitzung wird auf Freitag 9 Uhr vertagt.

In unserem gestrigen Fragebericht ist uns ein Fehler unterlaufen, der richtig gestellt werden muß. Der als Zeuge gegen den Grafen B. aufgetretene Fröhlich ist früher nicht Sekretär des Roten Soldatenbundes gewesen, sondern Expedient der Zeitung des Roten Soldatenbundes. Wir bitten dies zu beachten.

Ein Kohling.

Der Maschinenkloster Arbeiter Agnewski wurde von der dritten Strafkammer des Landgerichts II wegen Abprangerung und hinterlistigen Ueberfalls gegen die Person Liebknecht und Rosa Luxemburg zu einem Monat Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt. Agnewski war in dem Nordprozeß Liebknecht-Luxemburg einer der unheimlichsten Zeugen. Er hat zu den von Offizieren ausgeschickten Mannschaften des Eisenbataillons gehört, die in der Vorstadt Lützow und Liebknecht beim Abtransport mit Schimpfbölen und Drohungen bedrohten. Er ist sowohl beim Abtransport des halbtagsfähigen Karl Liebknecht als auch beim Abtransport der bewußtlosen Rosa Luxemburg auf das Auto gesprungen und hat die gemarterten Opfer des Militarismus noch mit der Faust bedroht. Nach seiner schimpflichen Tat zeigte er unter den Kameraden keine Mitleidige Heut und prüfte mit seiner roten Handlungsbüchse.

Vor dem Kriegsgericht spielte dieser Herr als Zeuge den Leidenden; er war empfindlich darüber, daß man gewagt hätte, ihn unter Anklage zu stellen, da er der Auffassung war, er hätte ein gutes Werk verrichtet. Der Vorsitzende des Kriegsgerichts hielt es nicht für nötig, sein rotes Zeugniss zu rüfen. Der Zeuge schloß sich während der letztjährigen Verhandlung unter der militärischen Föhrer- und Zeugnisschleife sehr wohl. Er rütelte sich auf der Zeugenbank und verzog bei jeder Wiederholung einer roten Aeußerung sein Gesicht zu einem lässlichen Grinsen. Er war auch bei jeder Gelegenheit bei dem Staatsanwalt Ortmann zu sehen, der der Verhandlung vor dem Kriegsgericht als Zuhörer beizuohnte und jetzt die Anklage gegen Agnewski geführt hat.

Agnewski steht ohne Zweifel in enger Beziehung zu den des Hochs an Luxemburg und Liebknecht angeklagten Offizieren.

Auch mit den Offizierszeugen des Eisenbataillons unterhielt er während der Verhandlung die besten Beziehungen. Nun hat er vor dem ordentlichen Gericht ebenso milde Richter gefunden, wie die Offiziersjuristen vor dem Kriegsgericht.

Preussische Landesversammlung.

20. Sitzung, Mittwoch, den 28. Mai.

Auf der Tagesordnung stehen drei dringende Anträge über die Vorgänge in den Rheinländern.

Sie sind von den Demokraten, den Deutsch-Nationalen und den Unabhängigen Sozialdemokraten gestellt. Die Anfrage der Unabhängigen Sozialdemokraten lautet:

Ist der Staatsregierung bekannt, daß führende Persönlichkeiten des Rheinlandes, namentlich Zentrumsgesandte, wiederum ernstlich die Gründung einer rheinischen Republik betreiben? Was gedenkt die Staatsregierung gegen diese Bestrebungen zu tun?

Abg. Jansen (Dem.): In der früheren Rheinland-Debatte hat Herr Dr. Geh vom Zentrum zugegeben, daß ein solches Gebilde einfach nicht möglich sei. Die Dinge liegen denn doch anders, die Gefahr war bei weitem größer. Das Zentrum hat sich damals der Abstimmung enthalten. Das war ein taktisches Manöver, das Zentrum wußte, daß es bei der Abstimmung ausfallen würde. Hätte das Zentrum damals mitgestimmt, dann hätte es gestern nicht nötig gehabt, 2 seiner Mitglieder so brüsk zu beanstanden. Herr Kauter hat damals erklärt, daß zu seiner Zeit über diese Pläne mit den Alliierten Verhandlungen geführt worden seien. Wenn er damals erklärt hat: Wir sind deutsche Rheinländer, die unter keinen Umständen vom Verbands des Reiches getrennt werden wollen, und wenn er jetzt an den Verhandlungen teilgenommen hat, so hat er dem Gedanken der Loslösung vom Reiche schon tatsächlich zugestimmt.

In der Zwischenzeit aber hat die Bewegung im Rheinland nicht geruht. In der Entwicklung der Dinge hat auch die Regierung eine Wertschätzung. Sie hat

die Anzusiedelbarkeit,

die in dem Lande über ihre Unzulänglichkeit herrscht, nicht zu beschleunigen unternommen, sie hat die großen finanziellen Schwierigkeiten, in die die Gemeinden durch die fremde Besetzung gedrückt worden sind, beinahe bis auf den heutigen Tag fortzuziehen lassen. Es ist kein Zweifel, wenn die Volksgrenze kommt, wird sie nicht an der früheren deutschen Grenze liegen, sondern an der Grenze des besetzten Gebiets. Nun zu begründeten Zweifeln hat uns das sehr große Interesse, denn das bedeutet letzten Endes den Ruin unserer Industrie. Jeder muß sich jetzt sagen, alle Sonderbestrebungen haben aufzuheben, und bleibt nur ein, geschlossen zusammenzutreten und zuzusehen, wie das Jurdikare ertragen werden kann. Jetzt müssen wir aber erfahren, daß die auf die Abtrennung der Rheinlande gerichteten Bestrebungen binnen Kurzem von Erfolg gekrönt sein werden, daß die rheinische Republik bald da sein wird. Den Regierungen ist über diese Vorgänge aus Köln amtlich Bericht erstattet worden, und dieser Bericht liegt sogar schon in der „Rheinischen Zeitung“ gedruckt vor. Zunächst haben die französischen Regierungen lebhaften Widerstand bei England gefunden; in der Deutlichkeit ist aber zu lesen, daß General Ranguin erklärt hat, die Engländer hätten den Franzosen freie Hand gelassen, weil die Rheinländer sind in einer sehr schlimmen Lage. Wir müssen uns damit abfinden, daß wir, mag der Vertrag angenommen oder abgelehnt werden, dennoch in den Händen der Entente bleiben werden. General Ranguin ließ durchblicken, daß auch noch 15 Jahren

die Besetzung weiter aufrecht erhalten werden

würde, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, kann Deutschland werde die Friedensbedingungen ja doch nicht erfüllen. (Gert. Weill) Also, deshalb sind die Friedensbedingungen so unerträglich schwer, damit wir sie gar nicht erfüllen können. Das ist der unerhörte Betrug, der je gegen ein Volk ausgedacht werden ist. Mit einem Reiche, der seine Vernichtungsabsichten auch jetzt noch in dieser Weise deutlich erkennen läßt, weiter zu verhandeln, ist und bleibt Hochverrat. Wenn es nun auch der Entente gelingen sollte, uns auf diese Weise äußerlich von Preußen und vom Reiche loszureißen, glaubt man, und dadurch nun auch innerlich von Deutschland loszulösen? Das rheinische Volk will niemals eine Republik im Sinne der Entente, es will deutsch sein und deutsch bleiben. (Weill.)

Abg. Klingemann (Dahl): Das Zentrum hat im März Herrn Kauter sprechen lassen, der jetzt eine so merkwürdige Rolle spielt. Dieser weltliche Vufferschat würde allen französischen Machenschaften wehrlos ausweichen. Kein Wortwort ist hart genug gegen diese landesverräterischen Pläne. Die wirtschaftliche Zukunft des Rheinlandes ist mit der Preußens engverbunden. Preußen und Rheinland gehören für immer zusammen. (Weill.)

Abg. Stöcker (N. S. P.):

Als wir neulich über die Lösungsbestrebungen gesprochen haben, konnten wir annehmen, die rheinische Republik sei erloschen. Es zeigt sich nun, wie berechtigt unsere damalige scharfe Kritik war. Das Zentrum hat nie aufgehört zu wählen. Die wenig nationale Bewegungen die Treiber der Abtrennung beherrschen, beweisen zahlreiche Preßverurteilungen. Die Deutlichkeit, der Herr Frobergger jetzt noch stehen dürfte, macht Frankreich gerührt den Vorwurf, daß es keine rheinische Republik zu errichten gedenke, und ihm wird nahe gelegt, was zu tun wäre. Das wichtigste ist, daß ein Plan in der Zukunft entworfen wird, wie die Entente durch Verprechung milderer Friedensbedingungen die Bevölkerung für die Angliederung an Frankreich gewinnen könne.

Die „Katholische Volkspartei“ appelliert an die Volkswähler, nur die Zukunft und die Interessen der Rheinlande im Auge zu behalten. Was das bedeutet, kann man ersehen, wenn man weiß, daß die „K. V.“ von den separatistischen Plänen unterrichtet ist und sie billigt. Wer hat uesterlese Annexionen gedenkt, wer hat

und als Landesverräter gezeichnet

während des Krieges und genau den Frieden geüßt? Das war die „K. V.“ (Große Murr.)

Obwohl wir die Trennungsbestrebungen bedauern, sprechen wir die deutsche Regierung durchaus nicht von jeder Schuld frei. Sie hat kein gutes Beispiel im Osten geliefert und die Arbeiterbewegung im Rheinland sehr weit vorgeschoben und die Arbeiterbewegung, ohne daß der geringste Grund vorliegt. Aus dem Gelaß des Generalkommandos Münster wissen wir es, daß er lebhaft dem Zwecke dient, politisch Mitglieder in die so schon überfüllten Gefängnisse werfen zu können. Schlimmer kann es durch eine Entenbesetzung auch nicht kommen. Trotzdem sieht die Arbeiterbewegung dem Loslösungsgedanken ablehnend gegenüber.

Die Arbeiter haben in einer Manifestation und durch Streik dagegen protestiert und die Verhaftung der Landesverräter verlangt. (Weill.) Wie sind den Vorwurf des Landesverrats gewohnt, der für ähnlich konstatiert haben, weil wie energisch gegen ihre wahnwitzige Kriegspolizei aufgetreten sind. Und heute noch schmähen Tausende von Volkswählern in Weßling, weil sie für eine wahrhaft sozialistische Republik eintreten.

Es ist für uns klar, daß die Wachsenhaften am Rhein von Lexikalen Arzisen betrieuen werden, allerdings wesentlich

unterstützt von neuen Kapitalisten,

die ihre Kriegsgewinne nicht rechtzeitig haben nach England in Sicherheit bringen können. Niedrigste Profitrate und maximale

Sie laden Sie ein, als Bebel den Malderatadisch propagierte und nun haben Sie ihn. Die Weltrevolution wird ihren Siegeslauf über ganz Europa halten. Die Völker der Entente beginnen zu erwachen. Die Zeiten, denen wir entgegengehen, sind ernst, und schließlich steht uns in unserem Kampfe gegen den Kapitalismus

Die Weltrevolution kann nicht aufgehalten werden, denn sie ist eine geschichtliche Notwendigkeit. Nur die Internationale Le-

Ministerpräsident Ehrlich: Was steht in den Rheinländern ge-

die Sozialisierung in Deutschland

die Ordnung führen würde. Wenn die in dem Bericht mitgeteilten

Abg. Dr. Kalle (Dsch. Sp.): Es ist nicht wahr, daß gerade

Abg. Herold: Bei der gestrigen Schuldebatte hat Herr Adoff

ein anderes Verwaltungssystem

eingeführt werden sollte, wird zweifellos außerordentlich beruhig-

Abg. Schäfer (Soz.): Die Erklärung des Zentrums ist zu

Abg. Dr. Herold (Dsch.) richtet Angriffe gegen die Regie-

Ministerpräsident Ehrlich: Es trifft nicht zu, daß die Stimme

Abg. Stöcker (U. S. P.):

Herr Abg. Herold hat es für nötig gehalten, die Regierung

Herr Herold hat von der Stimme des Volkes gesprochen. Die

vor acht Tagen im Lustgarten

vernehmen können. Das war die richtige Stimme des Volkes

Abg. Schlimmann (Dem.): Das Zentrum, dem wir für seine

Abg. Dr. Herold (Dsch.) bedauert aus politischen Gründen,

Abg. Steinbrink (Soz.): Das Zentrum nach die christlichen

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Vollversammlung der K- und S.-Räte Groß-Berlin.

Gestern fand die Fortsetzung der am 21. Mai verlegten Voll-

Nachdem Müller verliest ein Schreiben des Rechtsanwalts Dr.

Ueber die Finanzierung der Arbeiterräte so-

In der Diskussion erhebt sich als erster Redner das Wort

Richard Müller (U. S. P.): Die im Staatshaushalt ausgebaut

Während die Regierung erst die Verankerung der Räte verspricht,

Redner wendet sich dann zur Vorbereitung des III. Räte-

einem Reil in die Arbeiterschaft zu treiben.

(Rebhafter Beifall.) Die U. S. P. D. wird ihr Ziel weiter der-

Redner unterbreitete folgenden Antrag der Fraktion der

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und

Prolet (U. S. P. D.). Die Einberufung des Rätekongresses be-

Der Vorwärts nimmt stets eine

objektive Haltung ein. (Lachen.) Unklarheiten über

Lange (U. S. P. D.): Müller hat durch seine Rede an sich eine

Müller (Demokrat) spricht sein Bedauern darüber aus, daß

hat ein recht zweifelhaftes Resultat gezeitigt. Dem

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenom-

I. „Der Vollzugsrat der K- und S.-Räte Groß-Berlins

II. „Der Vollzugsrat wählt eine Kommission, die sofort ein

Auch der Antrag der Fraktion der U. S. P. D., den Richard

Stellung der kommunalen Arbeiter-

Es kann nicht bestritten werden, daß die kommunalen Arbeiter-

Die Diskussion über das Referat wurde vertagt, bis die

Lange (U. S. P. D.) macht Mitteilung von Waffenan-

„Vor der heutigen Vollversammlung sind an verschiedenen

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, die

Richard Müller verliest dann noch einen Aufruf der

Vollversammlung der kommunalen Arbeiter-

In der heute nachmittag im Sitzungssaal des Herren-

Bericht der Zentralstelle.

Er führt aus, daß die Arbeit in der Zentralstelle eine

sehr schlimme gewesen sei. Man habe sich gegenseitig

Die Kommunalen Arbeiter-

Durch die Parteilosung ist die ganze unheilbare Stellung der

Gewerkschaftliches.

Der Schiedspruch im Buchdruckgewerbe.

Die in der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker vereinigte Prinzipalität und Gewerkschaft hat sich über Gewährung einer neuen Leertungsgulage und über Ferienvergütung in dem das für zuständige Tarifauschuss der Deutschen Buchdrucker nicht verständigen können, und auf Antrag des Reichsarbeitsministeriums in ein Schiedsgericht mit der Entgegnerung über die Kräftefragen betraut worden. Dieses hat einen Schiedspruch gefällt, es soll nach diesem am 5. Mai in Orten ohne und mit Lokalausschlag bis zu 5 Prozent den Buchdruckergehältern eine neue Leertungsgulage von 15 Mark, in Orten mit über 5 bis 10 Prozent Lokalausschlag von 18 Mark, in Orten über 10 Prozent Lokalausschlag eine solche von 20 Mark gewährt werden, unter Anrechnung der in den letzten Wochen erfolgten Erhöhungen, sobald ab 5. Mai, gültig bis 31. August d. J. In Ferien soll gewährt werden: bei einer Beschäftigungsdauer von 9 Monaten im Betriebe 5 Tage, für jedes weitere Beschäftigungsjahr 1 Tag mehr bis zur Höchstgrenze von 15 Arbeitstagen. Beide Tarifparteien haben dem Reichsarbeitsministerium innerhalb der festgesetzten Frist mitgeteilt, daß sie den Schiedspruch anerkennen.

Der Streit der Stultakeure allgemein.

In der Versammlung am Mittwoch vormittag wurde mitgeteilt, daß den Kollegen der Fabrikanten von ihren Arbeitgebern ab 17. Mai 1919 2,50 M., ab 1. Juni 3 M., Stundenlohn und Auszahlung bei arbeitsloser Arbeit 7 M. pro Tag ohne Kampf zugebilligt worden sind, also mehr, als die Stultakeure erst nach langem Verhandeln und schließlich nur durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses erreichen konnten. Daß dieser Schiedspruch noch von den Arbeitgebern der Stadtwerke abgelehnt wurde, weist ein bezeichnendes Licht auf die soziale Einsicht der Stultakeure auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen, oder derartige Fälle dem Deutschen Bauarbeiter-Verband, Gewerkschaftshaus, Fernsprecher: Ami Nikolaj, Nr. 4093 und 5792, zu melden.

Die Sonntagstube der Blumengeschäftsangestellten in Gefahr.

Durch Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten ist es den Blumengeschäften gestattet, die Geschäfte an Sonntagen von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags geöffnet zu halten. Den Blumengeschäftsinhabern gefällte diese Verordnung nicht. Sie wollen ihre Geschäfte wie früher, auch am Sonntagmorgen geöffnet halten. Das hat bisher ein großer Teil der Inhaber auch getan. Die letzte Versammlung der Blumengeschäftsinhaber hat nun beschlossen, es jedem Inhaber frei zu lassen, sein Geschäft nach Belieben offen zu halten. Das wird dazu führen, daß nun alle Blumengeschäftsangestellten um ihre Freizeit am Sonntag kämpfen. Prozesse bei der Behörde haben bisher keinen Erfolg gehabt. Die Polizei kümmert sich nicht um die Durchführung der Arbeiteraufbestimmungen. Die Angestellten wollen nun am kommenden Sonntag eine Kontrolle sämtlicher Geschäfte vornehmen. Alles Nähere in der am Freitag, den 30. Mai 1919, abends 7 1/2 Uhr, in den Sophienkaten, Sophienstraße 17/18, stattfindenden Versammlung.

Auch die Arbeiterchaft bitten wir um Unterstützung. Kein Arbeiter laufe am Sonntag etwas in den Blumengeschäften, sondern erhebe seine Einkäufe in den Wochentagen.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Gruppe der Blumengeschäftsangestellten, Berlin S. 42, Luisenpark 1.

Wahlen zum Gewerkschaftskongress.

Im Metallarbeiterverband Berlin fanden am Sonntag, den 25. d. M., Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress statt. Es sind folgende Kollegen gewählt worden: Richard Müller, Otto Laß, Paul Reumann, Emil Barth, Oskar Ruch, Paul Odet, Josef Forster, Paul Riehl, Oswald Oß, Werner Müller, Max Reich, Leo Ostrowski, Otto Fackel, Karl Müller, Frida Gladojch, Otto Wendt, Siegfried Nibel.

Der Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Groß-Berlin) hielt am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung ab. In stellvertretender Vertretung des Vorsitzenden Wilhelm Reimann, der durch die neue Zeit auch in unserer Organisation ein neuer Geist einzieht. Die Gewerkschaften sollen ein Kampfmittel zur Befreiung der Arbeiterklasse sein. Der Antrag des Bezirks Reichensdorf, der Kündigung sämtlicher Angestellten verlange, ist zurückgezogen worden, nachdem die Verhältnisse der Angestellten klargestellt wurden. Die Versammlung nahm dann die Wahl einiger Angestellter vor. Von einer Ausarbeitung wurde Abstand genommen, nachdem Reimann erklärt hatte, daß sozialistische Inflation einiger Kollegen unbedingt notwendig sei. Es wurden Karl Koch und Paul Lange als Appellationsleiter, Nowak, Fröhlich und Edelmann als Hauptorganisierer gewählt. Für die noch zu besetzenden Stellen findet eine Ausarbeitung statt. Gewerkschaften sowie die Mitglieder der zu wählenden Prüfungskommission müssen mindestens fünf Jahre dem Verbands angehören. In die Prüfungskommission werden die Kollegen Breitkreuz, Eichelbaum, Wolff, Schön, Rißke und die Kolossalin Ludwig gewählt. — Punkt 3 der Tagesordnung „Beratung des Ortsstatuts“ mußte wegen der vorgeklärten Zeit bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt werden. — Zwei Anträge, welche gegen den Zusammenschluß für die freiwilligen Verbände und gegen die Urteilsfähigkeit im Disziplinarprozeß energisch protestieren, fanden einstimmige Annahme.

Die Hisskräfte und Weinnadlerfrauen bei der Oberpostdirektion haben durch einen Schiedspruch des angerufenen Schlichtungsausschusses in Bezug auf Entlohnung und Arbeitsdauer eine Regelung erreicht, zu der eine heute mittag 1 1/2 Uhr stattfindende Versammlung im Gewerkschaftshaus Stellung nehmen wird.

Wachtung! H. W. Sab, Spandau! Freitag nachmittag 1 Uhr Betriebsversammlung in den Germania-Käsen, Berlin, Chausseestraße (siehe Inserat).

Angestellte der Gesundheitsindustrie! Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände nimmt für die Durchführung der Tarifverhandlungen eine Gesundheitskarte auf. Alle Angestellten, die noch nicht in den Besitz eines Fragebogens durch ihre Vertreterkammer gelangten, werden gebeten, sie von der Geschäftsstelle Berlin NW. 52, Belfort 7 einzufordern.

Gewerkschaftskartell Friedrichshagen. Freitag, den 30. Mai, 7 1/2 Uhr abends, im Conrad öffentliche Versammlung aller Gewerkschaften. Vortrag von Dr. Bruno Wille über: Die Volkshochschule und die Arbeiter. Nachdem freie Aussprache.

Bauarbeiterverband. Zum Gewerkschaftskongress empfehlen wir allen Verbandsmitgliedern außer den am Boden des revolutionären Kampfes stehenden vier Berliner Kandidaten Gabel, Kaspar, Lohde und Scholz nach die Kollegen Ernst, Tüffelort, Heide, Thälheim und Verto Thiel. Gedruckt den Nachrichten des Verbandsvorstandes Leipzig. Gedruckt für die neue Zeit, für die revolutionäre Arbeiterbewegung. Siehe Inserat in heutiger Nummer.

Wachtung! Bauarbeiter Spandau! Montag, abends 7 Uhr, bei Seifert, Bismarckstr. 6, Bundeslegienstr.

Sammlung für die polnischen Gefangenen.

3. Quittung.

R. M. 30 M., Typistinnen 20 M., Personal der Fa. R. & Co. 127,50 M., Hausdiener der Fa. R. & Co. 22,50 M., Pastor W. 5 M., Schneider Margu 5 M., drei Gymnasialisten 13,50 M., Sparkasse der H. G. 6,75 M., Schauspieler R. 6 M., Laubentonia 2. 147,25 M., Ingenieur Klaus 29 M., Dr. med. Friedrich 40 M., ein ehemaliger Regierungsrat 50,50 M., Standfunktionär 50 M., Leutnant T. 25 M., Tafelrunde Truppe 110 M., Bankbeamter M. 10 M., Köchin Maria 5 M., für inneren Bogismus 500 M., Dann 300 M., Kocher 5 M., Domant 3 M., R. 20. 4. 5 M., Schüler Heinz Jakob 1 M., Civil Komp. 500,50 M., Sammlung Kaufmann, und technischer Angestellter Woldemar Brandt, Landberger Allee, 11/12 54 M., Franz Rief 15 M., Dr. Vier 3 M., Wagner, Dimeonströbe 50 M., Wolf, Pörschberg, Teichstraße 35 5 M., Alard Heide, Sidingenstr. 7 10 M., Sammlung Tapeziererinnen und Werkstatt Herber 35,50 M., Frau Heine, Sammlung 10 M., Frau Ruff 50 M., Sammlung 1. Mai 250 M., Fräulein Müller 40 M., Johanna Schulze 10 M., Sammlung Kollegen und Kolleginnen der Deutschen Edison Akkumulatoren Comp., Drontheimer Straße 121 M., Sammlung der Güterboden-Arbeiter Spandau 150 M., Zeller-Sammlung Brandenburger-Sammlung der Stamm- und Hofschild-Arbeiter 2. 4. 66 M., Grieben 10 M., Gescho Schulze 30 M., Carl Wehner 15 M., Sammlung Reichsdruckerei 100 M., Sammlung Gesellschaftsbau Karlsdorf d. Küter 25 M., Gutskunst 1 M., Josef Heß 5 M., Dr. Claire Richter 50 M., Franz 5 M., Joel 5 M., Sammlung Mannschaften des Immobilien Müde-Vierde-Lazarett Nr. 3, Wn.-Schönberg, Monumentenstr. 33/34 211,90 M., Kronstadt der Arbeiterchaft der R. u. G., Oberhörsenweide 100 M., Befestend des 4. Kreises Oberlitz Bierlei 20,84 M., 4. und 5. Abteilung des 4. Kreises 19,40 M., Bauer-Arbeiter R. G. G., R. W. G. 34 M., R. M. 10 M., Abonnement Schirm 5 M., Personal Sozialistischer Verlag, Berlin, Lindenstr. 3 55,50 M., Scharing 10 M., Piesler 2 M., Grammel 10 M., Dr. Kurt Riehnert 80 M., Maria Rosenbaum 100 M., Richter 10 M., R. R. 10 M., Rudolf 1 M., Sammlung Frau Richter 9 M., Hans Steinfelder 100 M., M. R. 1 M., Kollegen bei Engels & Wagner 80 M., Ernst Wittig 5 M., Anstellung und Arbeiter der Fa. W. Weder, Pelzfabrik 28,50 M., Bezirk 589 32,50 M., Dr. Viktor Robian 10 M., Oswald Fabian 10 M., Sammlung Kapuzinerbrüder d. Pa. Fiesl 16 M., Otto und Joh. Sederström 10 M., Pfl. Gorga 29 M., Eirehlow 8 M., Groden der Fa. S. Thiele & Co. 17 M., Spar- und Gefällig-Verband der Beschäftigten, der Küter 20 M., Hilbig 5 M., Arbeiter und Angestellte der Fa. Schütte und Teich, Baumwollmweg 245 M., Kupferdrucker der Reichsdruckerei 200 M., Dr. Siegfried Heinsberg 100 M., Arbeiter der Bergmann G. B., Wn.-Kochhof 1500 M., Sammlung Hofschilderei, Barutherstraße 203 M., H. S. P. Steinmühle, Meißner 297,50 M., Jäger 2 M., Gänge 2 M., Scheue 250 M., Heißig 2 M., Sonntag 2 M., Dejer 2 M., Weber 2 M., Schulze 2 M., Bornagat 5 M.

Gesamt: 658,84 M., bereits quittierte 6008,02 M., zusammen: 12 577,76 M.

Nach diesen Geldern sind uns zur Weitergabe an die Gefangenen zahlreiche geladete und ungeladete Lebensmittel überliefert worden, die den Gefangenen zuteil werden werden. Es ist unmöglich, sie alle einzeln anzuführen. Den künftigen Spendern sagen wir deshalb im Namen der hiesigen Gefangenen allerherzlichsten Dank.

Redaktion und Verlag „Freiheit“, Rudolf Budde.

Lebensmittellieferanten.

Spandau. Für die laufende Woche 1/2 Pfd. amerik. Weizenmehl gegen Abrechnung des Geldes Nr. 21 der Einkaufskarte. Als Ersatz für die gelieferte Kartoffelkarton gegen Abrechnung der vier Nummern 12 bis 16 der Kartoffelkarte 1 Pfd. Brot. Am Sonntagabend beginnt der Verkauf der städt. Rationierte an Margarineabschnitt 4 der Lebensmittelkarte. Auf jeden Abschnitt werden 20 Gramm zum Preise von 0,17 M. verausgabt. Am Freitag beginnt der Verkauf der städt. Butter auf Butterabschnitt 4 der Lebensmittelkarte. Auf jeden Abschnitt werden 40 Gramm zum Preise von 0,80 M. verausgabt.

Beig. Es ist beschlagnahmt, den Kriegsbefehligen, die 50 Prozent und mehr erwerbsunfähig sind, ohne ärztl. Urteil eine wöchentliche Sonderzulage an Nachmittag zu gewähren. Um einen Ueberblick über die benötigten Mengen zu erlangen, wollen wir die in Frage kommenden Kriegsbefehligen unter Vorlage ihres Rentenscheines um, in der Lebensmittelkarte Berlin-Beig, Kochstr. 4, Zimmer 116 Krankenernährung, binnen einer Woche in der Zeit von 8-11 Uhr eintragen lassen.

Reinickendorf. Am Freitag gelangten im Depot die Beschäftigten mittel auf Kartoffelkarte, Abschnitt 21d und e (insgesamtlich 400 Gramm Gruppen) zur Ausgabe, und am Sonntagabend die Lebensmittel auf Lebensmittelkarte, Abschnitt 22 und 23, und Jugendliche 55. Auf Abschnitt 22d und e der hiesigen Rationierkarte werden für die nicht überlebenden Rationierten Ersatzmittel gewährt. Der Tag der Ausgabe wird noch mitgeteilt.

Serapen. Am Mittwoch, den 4. Juni 1919, gelangen in den hiesigen Geschäften auf Abschnitt 11 der Zuckerkarte 375 Gramm Zucker zum Verkauf. Die Rationierabschnitte sind bis Sonntagabend in den Geschäften abzugeben. Auf Abschnitt 11 der Einkaufszusatzkarte 350 Gramm ausländisches Weizenmehl. Abschnitt 1, der Straßener Versorgungskarte und Abschnitt K sind bis Sonntagabend abzugeben. Das Vorkauf gelangt am Mittwoch, 4. Juni, zur Ausgabe.

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.
Heft 5 ist soeben erschienen.

Aus dem Inhalt:

Die Demonstrationen der U. S. P. für den Frieden (Bilder)

Rede Ad. Hoffmanns v. d. Dorn

Wollt Ihr das wieder? Bilder von den Greueln der Schlachtfelder.

Leo Tolstoj: Der Teufel. Roman.

Oskar Landauer: Revolution, Nation und Krieg und vieles andere.

Ratitatur: Jehrenbach

Preis 20 Pfennig.

Abonnement Mai/Juni M. 1.60
Nr. 1-4 können noch nachgeliefert werden.

In allen Buchhandlungen, Zeitungsverkaufsstellen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im Verlag, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Wird der Verfassung drei Anträge, die eine größere Beteiligung der Zentralstelle, Fortsetzung der Kontrollkommission und die Fortsetzung eines Reichskongresses der kommunalen Arbeiterräte fordern.

In der Diskussion, die sich zeitweilig sehr lebhaft gehalten, erhielt Peters (Mit-Blende, U. S. P. D.) Vorwürfe gegen die Zentralstelle, daß sie nicht den nötigen Zusammenhang mit den einzelnen Kommunen hergestellt hat. (Die Zusammenfassung der Zentralstelle geschah ganz nutzlos, daher kam es, daß sie nur aus Mitgliedern der U. S. P. D. bestand. Die Mitarbeiter, die doch sehr gering sind, sind nicht die Ursache des Scheiterns der Arbeiterräte, noch dazu, wo sich solche Mitarbeiter dem revolutionären Arbeiterrat ganz anders darstellen, als dem realistischen Beamten. Man will die Arbeiterräte nicht, weil sie gewissermaßen noch Rudimente der Revolution sind. Die Einberufung des Reichskongresses ist sehr zu begrüßen. Wir dürfen uns nicht auf den Zentralrat verlassen, wir müssen auf eigene Faust handeln.

Rehle (U. S. P. D.) schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Vorredners an.

Watzsch (U. S. P. D.) beklagt sich darüber, daß die Zentralstelle nicht früher eine Zusammenkunft herbeigeführt hat. Die U. S. P. D. hat diese Situation für sich ausgenutzt. Wir fassen die Tätigkeit der kommunalen Arbeiterräte als Einberufung anderer Kräfte für spätere Übernahme der Kommune.

Schmidt (U. S. P. D.) wendet sich gegen seine Genossen in der U. S. P. D., die einen Reichstag fordern, nach den Gemeindeforderungen der Arbeiter niederkulegen. Dieser Reichstag kam der Regierung nicht gelegen. Die Genossen in der U. S. P. D. haben die größte Schuld an der Untergrabung der kommunalen Arbeiterräte. Die Arbeiter machen sich Schwierigkeiten, daß positive Arbeit unmöglich ist.

Der Vorsitzende Stiederer (U. S. P. D.) wendet sich gegen den Vorwurf, daß die Zentralstelle das Landratsamt nicht mit vollständigem Gehirne durchsieht habe. Das wäre unter den gleichen Umständen anders auch nicht möglich gewesen. Das liegt an der fehlenden Grundidee, auf der die kommunalen Arbeiterräte beruhen können. Zur Einberufung eines Reichskongresses meine ich, daß es ganz unmöglich wäre, einen solchen auf eigene Faust einzuberufen. Wenn es dem Groß-Berliner Kongressrat nicht gelingt, trotz der ganz anderen moralischen und materiellen Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, die Einberufung des Reichskongresses zu ermöglichen, wie soll das einem einzelnen Kreis möglich sein. Die Angaben des Genossen Schmidt sind in jeder Hinsicht, ein solcher Reichstag ist nie gefaßt worden.

Reumann (Reumann, U. S. P. D.): Wenn man hört, wie man sich in der Zentralstelle über die kommunalen Arbeiterräte äußert, mißt man allerdings sehr. Dagegen läßt sich schon seit zwei Monaten nicht mehr sehen, unter Schrift aber alle Bekanntmachungen. Ihr von der U. S. P. D. müßt den Rat haben, euren Wählern zu erklären, wir machen den Spieß nicht mehr mit. Ihr sagt ja selbst, es ist nicht eure Regierung. Ihr müßt erklären, wie sind Sozialisten und kämpfen von euch ein sozialistische Regierung, sonst jenseit wie euch zum Teufel. Unter Kongress steht ein, wo sämtliche Vorwürfe die kommunalen Arbeiterräte betreffen. Was hat die Zentralstelle dagegen getan? Es liegt nur an den Genossen der U. S. P. D. Vorwärts den Herren in der Regierung die Gefährdung und stellt sich auf die Seite der wirklich sozialistischen Arbeiterschaft. Es muß die höchste Zeit, auch zu bestimmen, wieder Sozialisten zu werden. (Bravo.)

Rehle (U. S. P. D.) wendet sich ebenfalls scharf gegen die Genossen der U. S. P. D., die ihre Regierung immer noch haben und sich dadurch mißfällig machen.

In seinem Schlusswort wendet sich Reimann gegen die Anträge auf die Zentralstelle. Er ruft durch seine undeckelten Redensarten einen Sturm der Entrüstung hervor.

Bei der Abstimmung über die Anträge wird der Antrag auf Fortsetzung eines Reichskongresses der kommunalen Arbeiterräte in seinem ersten Teile angenommen, im zweiten Teil abgelehnt. Die beiden anderen Anträge auf Fortsetzung der Kontrollkommission und Befestigung des Landratsamtes mit 6 statt mit 2 Arbeiterräten werden angenommen.

Die Existenzberechtigung der Arbeiterräte

Lebende Plus (U. S. P. D.). Nach der Revolution war die erste Aufgabe die Sicherstellung und Bewahrung der Lebensgrundlage. Dann kamen die Fragen der Nahrung, Wohnung, Bekleidung, von Rationierungsarbeiten, Befestigung der Wohnung usw. Das hat durchgeführt, ist geladen, aber ganz konnten wir nicht durchgeführt werden. Bei Diskussionen nach Lebensmitteln hatten wir Erfolge, ebenso in der Gesundheitsbeschaffung. Im allgemeinen war unsere Tätigkeit die einer Beschäftigtenrat. Dabei ist festzustellen, daß mindestens 65-70 Prozent der Beschäftigten sich aus gut bürgerlichen Kreisen rekrutieren. Trotz der Verschiedenheit der politischen Meinungen, hat auch das Bürgertum das Vertrauen, daß es bei Übernahme der kommunalen Arbeiterräte zu seinem Wohle kommt. Die Situation liegt jetzt so, daß die Gemeindefunktionen beschlossen haben, die Entscheidung für die Arbeiterräte nicht mehr zu ziehen. Auch in den Orten, wo die Gemeindefunktionen das Gegenteil beschließen, soll der Beschäftigtenrat werden. Auch die Demonstration sind noch für eine gewisse Kontrolle. Warum wird jetzt Sturm gegen die kommunalen Arbeiterräte gelaufen? Wie haben keine Kräfte, wir müssen die Kräfte schaffen. Die Institution der kommunalen Arbeiterräte ist ein Erfolg, das es uns ermöglicht, die reaktionäre Gesellschaft aus dem Amt zu herauszuweisen. Das ist die Bestimmung der kommunalen Arbeiterräte.

Die Delegiertenwahl zur Provinzialkonferenz der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte der Provinz Brandenburg ergibt für die U. S. P. D. 6 Mandate, für die U. S. P. D. 4 und für die R. P. D. 1 Mandat. Darauf wird die Tagung beschlossen.

Kongress der Bekleidungs- und Instandsetzungsämter.

Dritter Tag.

Die Wahl einer Kommission, die die Verhandlungen mit der Regierung führen soll, rief eine lebhaft Debatte hervor. Beschlossen wurde, diese Kommission aus sieben Mitgliedern bestehen zu lassen. Folgende Delegierte wurden gewählt: Reumann, Heide, Fleming, Seedorf, August Müller, sämtlich aus Berlin, und Ebert-Dangis. Die Verhandlungskommission wurde auch beauftragt, dahin zu wirken, daß die bereits ausgesprochenen Forderungen endgültig zurückgenommen werden und die Unterabteilungen bis Frühjahr 1920 bestehen bleiben. Eventuell doch zur Unterstellung kommende Arbeiter und Angestellte sollen ihren Lohn sechs bzw. acht Wochen weitergezahlt erhalten.

Über die Finanzierung der Kommission fand eine längere Aussprache statt. Man einigte sich dahin, daß die Arbeiter sämtlicher Bekleidungsämter durch einen monatlichen Beitrag von 10 Pfennig an den Unkosten beizutragen haben.

Die Urlaubfrage ist ebenfalls im Einvernehmen mit der Regierung geregelt worden. Den Kriegsteilnehmern soll ihre Militärdienstzeit auf die Karenzzeit für den Urlaub angerechnet werden.

Damit war die Tagesordnung des Kongresses erschöpft.

